

Bezugspreis:
Vierteljährlich 2.00 M., monatlich 0.60 M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bestellung: Monatlich 0.60 M., einjährig 6.00 M.,
Einsendungsgebühr. Unsere Streifenband für
Einsendungen, Dankschreiben, Bescheide und
Bemerkungen, sowie die ehemals be-
nutzten Briefe, Postkarten, Postwert-
marken und Poststempel 50.- M. für
das übliche Ausland 72.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wohlfahrt und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenzeile
kostet 12.- M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 3.- M. (zu-
läufig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 2.- M. Stellengröße
und Schließstellenanzeigen das erste
Wort 2.- M., jedes weitere Wort
1.50 M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Zeile 6.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zustellungsgeld.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Woraplan 15195-97
Expedition Woraplan 11753-54

Dienstag, den 7. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Woraplan 11753-54

Spitzenverbände und Teuerung.

Am 3. März übermittelten die in den fünf Spitzen-
organisationen Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-
bund, AF-Bund, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring vereinigten Verbände, so-
weit sie Reichs-, Staats-Kommunalbeamten und -arbeiter ver-
treten, der Reichsregierung eine schriftliche Eingabe,
in der mit Rücksicht auf die gewaltig fortschreitende Teuerung
sofortige Verhandlungen über eine angemessene
Erhöhung der Grundgehälter und Grundlöhne des Personals
der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe
gefordert wird. In der Eingabe werden keine ziffermäßigen
Forderungen aufgestellt, dagegen wird gesagt:

„Die Gewerkschaften behalten sich vor, zu Beginn der noch fest-
stehenden Verhandlungen ihre Vorschläge vorzulegen und ent-
sprechend zu begründen. Mit Rücksicht auf die unter den Beamten
und Arbeitern vorhandene große Erregung wird ein rasches
Handeln und die sofortige Festsetzung des Verhandlungstermins
verlangt.“

Die Reichsregierung hat inzwischen den Verhand-
lungstermin auf Freitag, den 10. März, festgesetzt. Zurzeit
finden in den beteiligten Verbänden Beratungen über die Höhe
der zu stellenden Forderungen und das taktische Zusammen-
arbeiten statt. Allem Anschein nach wird auch diesmal die
Einheitsfront zwischen den 5 Spitzenorganisationen her-
gestellt werden.

Um die Zwangsanleihe.

Während der Vertagung der Plenarsitzung des Reichs-
tages suchen der Hauptausschuss und der Steuerausschuss die
vorliegenden Arbeiten zu erledigen. Im Steuerausschuss sind
am Montag jedoch nur Einzelgesetzentwürfe beraten worden.
Das Steuerkompromiß, insbesondere die Zwangsanleihe stand
nicht zur Beratung, da vorher noch Verhandlungen zwischen
der Regierung und den Koalitionsparteien über wichtige
Einzelheiten notwendig sind. Voraussichtlich finden die Ab-
schlußbesprechungen für das Steuerkompromiß am
Dienstag mit dem Reichstanzler statt. Ein Ergebnis ist
vor Mitte der Woche nicht zu erwarten, da die endgültige Ent-
scheidung über die Zwangsanleihe in den meisten
Fällen den Fraktionen vorbehalten bleibt. Am
Montagvormittag fanden unverbindliche Besprechungen
zwischen dem Reichstanzler und Vertretern der Deutschen
Volkspartei statt.

Die Mitglieder des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichs-
wirtschaftsrats haben die dringende Aufforderung erhalten,
sich für Donnerstag, Freitag und Sonnabend für Ausschusssitzungen
bereitzustellen. Das Plenum des Reichswirtschaftsrats wird bis
dahin nicht mehr tagen. Dem Finanzpolitischen Ausschuss sind vom
Finanzminister Dr. Hermes eine Reihe von Einzelfragen vorgelegt
worden.

Donnerstag nachmittag möchte der Reichsfinanzminister auch
die Meinung der Gewerkschaftsvertreter über die Einzel-
heiten der Zwangsanleihe hören. Auch ihnen ist der Fragebogen des
Herrn Hermes zugegangen. Es soll aber noch nicht bestimmt sein,
ob die Besprechung zustande kommt.

Das Programm der Finanzkonferenz.

Paris, 6. März. (WIB.) Wie hiesig mitteilt, beschäftigt es
sich die Konferenz des französischen, englischen, belgischen und
italienischen Finanzministers am 8. März im Finanzmini-
sterium zusammenzutreten wird. Sie wird zwei Tage dauern und sich
mit folgenden Fragen beschäftigen:

1. mit dem Finanzabkommen vom 13. August, der Kohle im
allgemeinen und ihrem Preis, den Saargruben und der Verteilung
der ersten Milliarde;
2. mit der Frage der Befahrungskosten;
3. mit dem Wiesbadener Abkommen.

30 Millionen Hungernde in Rußland.

Die Zahl der Hungernden hat sich nach amtlichen Feststellungen
aus Rußland auf insgesamt 30 Millionen erhöht. Auch
Turkestan ist als Hungergebiet erklärt worden. Der starke Man-
gel an Transportmitteln erschwert die Lebensmittelzufuhr. In
Odessa herrscht schwerer Hunger. Kinder sterben in Massen. In
Cherson kommt man mit der Beerdigung der Hungeropfer nicht
zurecht. Der Melitopoler Kreis, die einstige Kornkammer
des Südens, stellt eine Wüstenei dar. An vielen Orten ist der
Hungerdunst ausgebrochen.

Eine Abordnung der Amerikanischen Hilfsadministration (A.H.A.)
ist in Sewastopol eingetroffen, um die Südhafen (Sewastopol,
Odessa u. a.) zu befechtigen und ihre Aufnahmefähigkeit für die
Lebensmittelzufuhr zu prüfen.

Von den Naturkatastrophen, die in den von der Mithras-
verschonten Gebieten eingeschleudert wurden, sind durchschnittlich
55 Proz. eingegangen, in den Gouvernements mit geringer Ertrags-
fähigkeit 62 Proz., in Sibirien 76 Proz., im Kaukasus 46 Proz.

Man sieht aus diesen Tatsachen, daß die endgültige Gestalt der
Zwangsanleihe bei weitem noch nicht festliegt. Schon deswegen
nicht, weil bisher fast jeder Vorschlag des Reichsfinanzministeriums
erheblichen Bedenken begegnete. Bisher hatte sich aus der Fülle
seiner Ideen der Gedanke herauskristallisiert, die Zwangsanleihe in
der Höhe von 5 Proz. der Vermögen auszuwerfen, den 1. Mai als
Stichtag der Erhebung zu nehmen und für Vorauszahlung Prämien,
für zu späte Zahlung Strafen festzulegen. Wenn die
Geldentwertung in den nächsten Monaten in der gleichen Richtung
läuft wie zurzeit, dann wird derjenige, der es auf die Strafe, viel-
leicht 10 Proz. des von ihm zu leistenden Zwangsleihebetrags, an-
kommen läßt, ein glänzendes Geschäft machen. Er zahlt mit entwert-
tem Geld einschließlich Strafe viel weniger, als wenn er rasch
zahlt und sich eine Prämie gutschreiben läßt. Die Strafe würde so
eine Belohnung werden. Mit der geplanten Selbststeinschöpfung sieht
es ähnlich aus. Nach welchen Bewertungsgrundlagen soll sie er-
folgen? Die Grundbesitzer werden mit Vermögen den alten Streit
von neuem anfangen, daß sie nicht ihr Vermögen nach dem gemeinen
Wert, sondern nach dem Ertragswert berechnen. Wirft man
Kapital und Sachvermögen zusammen, dann werden diejenigen, die
beides besitzen, ihre Zwangsanleihe aus dem bei zunehmender Ent-
wertung des Geldes rasch wachsenden Kapitalvermögen zahlen und
ihr Sachvermögen wird weiter von ernsthafter steuerliche Belastung
frei bleiben. Wieweil sind überdies am 1. Mai als Stichtag Sach-
vermögen wert? Es ist bekannt, daß, zumal bei Selbststeinschöpfung,
die Werte viel „langsamer“ steigen, als sich in der Geldentwertung
ausdrückt. Bei einer geschickten Kalkulation sind dann die fünf
Prozent des Vermögens nur noch ein Prozent oder noch weniger.
Man geht man sogar mit dem Gedanken um, die Zwangsanleihe
lambardfähig zu gestalten. Das wäre wahrscheinlich vollendete
Miete für die Reichsfinanzen, denn die Zwangsanleihe läme wo-
möglich auf dem Umwege über die Darlehenkassen zu ihrem Aus-
gangspunkt zurück, der Papiergeldbedarf würde damit weiter riesen-
haft steigen.

Sicher sind das alles Erwägungen, die auch von den Sachleuten des
Reichswirtschaftsrats und vielleicht auch im Reichsfinanzministerium
angestellt werden. Man möge sich nur bewußt sein, daß die Zeit
drängt, und daß eine klare Formulierung der Zwangsanleihe, die
den Notwendigkeiten der Reichsfinanzen Rechnung trägt, rasch
gefunden werden muß. Eine Zwangsanleihe, durch lange Verhand-
lungen in ihrem Grundgedanken ins Gegenteil verkehrt, könnte das
Reich am allerwenigsten retten.

Kapp und das Reichsgericht.

Es bestätigt sich, daß Kapp dem Reichsgericht gegenüber
seine Bereitwilligkeit erklärt hat, sich unter gewissen Voraus-
setzungen zur Verfügung zu stellen. Soweit wir unterrichtet
sind, gehen diese Voraussetzungen über die Feststellungen hin-
aus, die Kapp in dem der Öffentlichkeit übergebenen Brief
als Vorbedingung für sein Erscheinen bezeichnet. Es ist ein
Antrag echt Kappischer Art, der dem Charakter eines Hochver-
räters entspricht und darauf hinzielt, eine Ablehnung
durch das Reichsgericht zu erfahren. Schon in den
alternativen Tagen wird das Reichsgericht zu dem Antrag
Stellung nehmen. Sofort nach Beschlußfassung soll der Antrag
des Führers des Märzputsches von 1920 der Öffentlichkeit zur
Kenntnisnahme mitgeteilt werden.

Lloyd George und die Konservativen.

London, 6. März. (WIB.) Wie Reuters erfährt, wird Bal-
four in seiner morgigen, mit Spannung erwarteten Rede Lloyd
Georges Beschluß hinsichtlich der Kabinettskrise bekanntgeben.
Bisher ist Lloyd George noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung
gekommen; es besteht daher noch die Möglichkeit, daß er in Kürze
zurücktreten wird. Chamberlain und andere Führer der Konser-
vativen haben bisher keine befriedigende Formel zu fin-
den vermocht, die eine loyale Haltung des rechten Flügels der Konser-
vativen gegenüber Lloyd George gewährleistet.

Wie Reuters weiter erfährt, ist Lloyd George eifrig darauf be-
dacht, alle Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen, die die bevorstehenden
großen internationalen Konferenzen, deren Urheber er ist, bieten
können. Es ist daher möglich, daß er sich dazu bestimmen läßt, noch
einen oder zwei Monate im Amt zu bleiben und auf
diese Weise den Bedürfnissen der Stunde für den Wiederaufbau Euro-
pas den Vorrang vor seinen persönlichen Wünschen gibt.

Lloyd George erkrankt!

London, 6. Februar. (WIB.) Chamberlain teilte heute nach-
mittags im Unterhause mit, daß Lloyd George wegen einer
starken Erkältung an seine Wohnung gefesselt sei. Die Blät-
ter melden, Lloyd George leide an Bronchialkatarrh und sei daher
nicht in der Lage gewesen, an der Kabinettsitzung teilzunehmen. Er
habe auf ärztliches Anraten beschlossen, einen sofortigen Er-
holungsurlaub anzutreten und werde sich morgen oder Mit-
woch nach Ecclethay begeben.

Neuwahlen in Ungarn. Der ungarische Ministerpräsident hat
das Rowaker Parlament insofern Fehlens einer ständigen Mehrheit
aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben.

„Kampf bis aufs Messer.“

Der Kampf um die Außenhandelskontrolle.

Mit dem wirtschaftlichen Niedergange Deutschlands mang
es gewissen Kreisen möglich, Waren, die im eigenen Lande
dringend gebraucht werden, zu Schleuderpreisen ins Aus-
land zu verkaufen. Alles nur Erdentliche passierte das be-
rühmte „Voch im Westen“. Die Regierung erließ deshalb am
20. Dezember 1919 die Verordnung über die Außenhandels-
kontrolle. Diese besagte u. a., daß „die Ausfuhr von Waren
jeder Art über die Grenzen des Deutschen Reiches mit der
Wirkung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung
oder der sonst zuständigen Stellen erfolgen darf“. Diese zu-
ständigen Stellen sind die Außenhandelsstellen.

Jetzt ist nun von gewissen Kreisen der Außenhandels-
kontrolle „Kampf bis aufs Messer“ angefangen worden.
Unter dieser Parole haben die Exporteure den Krieg gegen die
Außenhandelsstellen begonnen. Die „Strategen“ in diesem
„Feldzug“ sind u. a. der Handelsredakteur der „Hamburgischen
Börse“ und der deutsch-volksparteiliche Reichstagsabge-
ordnete Dr. Hugo, der selbst längere Zeit als Reichsbevoll-
mächtigter der „Außenhandelsstelle für den Exporthandel“, es
fertig brachte, diese Stellen aufs schärfste zu bekämpfen. Die
von ihm herausgegebene Zeitung „Im- und Export“ erscheint
lediglich noch zu diesem Zweck.

Die Händler waren im Gegensatz zu der überwiegenden
Mehrzahl der Industriellen von Anbeginn Feinde der Außen-
handelskontrolle. Es ist selbstverständlich, daß so manches Ge-
schäft, das im Interesse der deutschen Volkswirtschaft hätte vom
selbst unterbleiben müssen, jetzt auch nicht mehr zur Aus-
führung gebracht werden konnte, so daß dem deutschen Volks-
vermögen große Werte erhalten blieben. Zur Ausfuhr wur-
den Richtlinien aufgestellt, die darin gipfelten, daß für sämt-
liche Waren, die zum Export freigegeben werden konnten,
Mindestpreise festgesetzt wurden, und daß für andere wieder,
die nur in geringem Maße vorhanden waren, ein Ausfuhr-
verbot ausgesprochen werden mußte. Gegen diese unbedingt
notwendigen Maßnahmen richtete sich der Zorn der Händler,
Sie betonten immer wieder, daß sie nicht eher ruhen würden,
bis die „lästige Fessel“ gesprengt sei. „Sofortige Aufhebung
der Außenhandelsstellen!“ so lautete ihre Parole.

Zum Verständnis sei hier noch bemerkt, daß den Außen-
handelsstellen ein sogenannter „Außenhandelsausschuss“ be-
ratend zur Seite steht, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer
in gleicher Zahl vertreten sind und die gleichen Rechte haben.
Der Einfluß der Arbeitnehmer, welche die Notwendigkeit der
Kontrolle erkannt haben, ist zum Glück so groß, daß ohne
weitere Zustimmung die Aufhebung der Kontrolle nicht ohne
weiteres vorgenommen werden kann. Dem energischen Aus-
treten der freien Gewerkschaften in dieser Angelegenheit ist es
auch zuzuschreiben, daß sich sowohl die Hirsch-Dunckerischen als
auch die christlichen Gewerkschaften für die Außenhandels-
kontrolle einsetzen.

Unter der Überschrift „Kampf bis aufs Messer“ eröffnete
am 22. Januar 1922 Ris Petersen in der „Hamburgischen
Börse“ den Reigen. Es werden in dem Artikel die verschie-
densten Händlervereine aufgeführt, die sich vorbehaltlos
diesem Kampfe anschließen. Ferner werden Urteile von Hans-
delstammern angeführt, die, wie der Jahresbericht der Home-
burger Handelstammer z. B. schreiben, „daß es bei der Natur
der Außenhandelsstellen unmöglich scheint, Korruption aus
ihnen fernzuhalten“. Es würde zu weit führen, aus diesem
Artikel alles hier anzuführen, welche Argumente gegen die
Ausfuhrkontrolle gerichtet werden. Es klingt nur immer
wieder hervor, daß der deutsche Handel durch diese Einrichtung
zugrunde gerichtet wird. Bis jetzt ist unter dem Zwang dieser
Kontrolle weder ein Exportunternehmer, noch sonst jemand so
zu Schaden gekommen, daß das Geschäft aufhören mußte zu
bestehen. Gewiß, Unbequemlichkeiten mögen mit der Durch-
führung der Außenhandelskontrolle verbunden sein, aber ge-
rade die Händler müßten doch diejenigen sein, die an einer
strengen Kontrolle das größte Interesse haben dürften. Wer
ist es denn, die sich am meisten über das Ueberhandnehmen
der Schieber beklagen? Doch nur die Händler. Und wer hat
am günstigsten auf den starken Rückgang des Schiebertums
eingewirkt? Die Außenhandelskontrolle.

Aus sämtlichen Redewendungen der Händler geht nun
allzu deutlich hervor, daß sie die Kontrolle nur dann als ein
für sie günstiges Instrument betrachten würden, wenn sie
allein damit umgehen könnten, wie es ihnen am besten
paßt. Die Arbeitnehmer verstehen es aber, allen Anwürfen in
entsprechender Weise entgegenzutreten, um somit den Beweis
dafür zu erbringen, daß sie in allen wirtschaftlichen Fragen
größere Einsicht besitzen als diejenigen Kreise, die eigentlich
als Führer des Wirtschaftslebens angesehen werden müßten.

Interessant ist es aber auch, feststellen zu können, daß die-
jenigen Firmen, die angeblich über Mißstände zu klagen
hätten, sich nicht dazu bereit finden konnten, ihren Namen
veröffentlichen zu lassen. Ausdrücke wie: „Eine bekannte
Firma schreibt uns“, „Wir erhalten Nachricht von einem
führenden Handelshause“ usw. beklagen gar nichts. Namen
müssen genannt werden, damit Uebelständen entgegengetreten
werden kann. In einer Stelle, und zwar in der für die Holz-

verarbeitenden Industrie, sind Mißstände, sogar grobe Mißstände, entdeckt und in entsprechender Art behandelt worden. Wenn sich die „Hamburgische Börse“ die Veröffentlichungen hierüber als ein großes Verdienst anrechnet, soll man ihr dieses Vergnügen gönnen.

Aus den Artikeln gegen die Außenhandelsstellen seien nachstehend einige Stilproben zur Kenntnis gebracht.

Es wird in den Artikeln die staatliche Außenhandelsregelung als Förderer eines wilden Schiebertums, als ein korruptes, verrottetes und überfaules System bezeichnet. Vom Reichskommissar wird behauptet, er bilde mit seinem zum Wasserkopf aufgedunsenen Zweigapparat und Beamtenkörper die oberste Behörde zur völligen Vernichtung des deutschen Ueberseehandels, und es lege der Kapitäl die Krone auf, daß er selbst, wenn auch gegen seinen Willen, der größte Förderer eines berufsmäßigen Schiebertums und geschäftlicher Unmoral werde. Die Außenhandelsstellen werden weiter als dem Außenhandel gefährliche fremde Körper im Wirtschaftsorganismus bezeichnet, die „von Korruptionen und Verstärkungen durchsetzt seien und nur noch reine Cliquenverbände demoralisierter Eigengeschäftsinteressen darstellen“. Weiter wird von 84 Regierungssträßen in den Außenhandelsstellen gesprochen (gemeint sollen wahrscheinlich Reichsbedienstetigte und deren Stellvertreter sein), „die nicht gerade stehen können“ usw.

Unter dem System der Zwangswirtschaft mit Lebensmitteln in Deutschland wurde ebenfalls der Kampf um Aufhebung geführt mit der Begründung, daß nach der Aufhebung sofort andere, bessere Zustände auf dem Gebiete der Ernährung folgen würden. Andere Zustände kamen, aber keine besseren. Eine ungeheure Teuerung setzte auf allen Gebieten ein, so daß heute schon viele Kreise, die sich an dem Kampf um die Beseitigung der Zwangswirtschaft beteiligt haben, sie dringend wieder eingeführt wünschen. Unhaltbare Zustände würden sich fraglos zeigen, wenn die Außenhandelskontrolle beseitigt werden würde. Wenn eben das System nicht richtig sein sollte und auch an verschiedenen Stellen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, so ist damit noch lange nicht der Beweis dafür erbracht, daß das Prinzip der Außenhandelskontrolle ein falsches sei. Die Arbeitnehmer werden die letzten sein, die einer gründlichen Reorganisation, sofern sie nötig ist, nicht zustimmen werden, nur sei hier nochmals festgestellt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Kontrolle zur Vermeidung des Verschleuderns hochwertiger Waren — denn nur um solche handelt es sich — unbedingt beibehalten werden muß.

Ein hinterpommerisches Schulidyll.

Der Terror eines Junkers v. Kleist.

Von der SPD-Kreistagsfraktion Belgard wird uns geschrieben: Der Lehrer Bork in Rahtow (Kreis Belgard) war im Herbst 1919 auf der von ihm verwalteten Schulstelle Budel, Kreis Rastenburg, mit Stimmenmehrheit gewählt worden. Trotzdem bestätigte ihn die Kösliner Regierung nicht, sondern versetzte den sozialdemokratisch gestimmten Lehrer Bork gegen seinen Willen und Einspruch in das Gutsdorf Rahtow, Kreis Belgard, wo das Schulgebäude und insbesondere die Lehrerwohnung nach ärztlichem Gutachten kaum bewohnbar war. Für die Instandsetzung der Wohnung des Lehrers wurde nichts getan und erst recht nicht, als der Gutsherr v. Kleist hörte, der Lehrer sei Sozialdemokrat. Im November 1920 richtete v. Kleist, der Amtsvorsteher und Schulvorstandsmittglied ist, eine Anzeige gegen den Lehrer „An die Königlich Preussische Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen in Köslin“, worin er den Lehrer mehrerer strafbarer Vergehen beschuldigte und unter anderem den Verdacht aussprach, daß der Lehrer, der die Schulheizung übernommen hatte, einen Teil der Schulheizung für sich verbraucht hätte. Obgleich die republikanische Regierung durch die Ermittlungen gegen den Lehrer aufzukommen und die völlige Haltlosigkeit der Verdächtigungen

festgestellt. Der Lehrer hat nunmehr die Regierung, daß sie Strafantrag gegen den Angeklagten stelle. Das lehnte die Regierung ab.

Infolge dieser Verdächtigung lehnte der Lehrer Bork die Uebernahme der Heizung für den Winter 1921/1922 ab. Der Schulvorstand, dessen Aufgabe es ist, für Reinigung und Heizung der Schule zu sorgen, kümmerte sich aus durchsichtigen Gründen nicht um die Vergebung der Heizungsangelegenheit. So kam es, daß die Schule in Rahtow seit Oktober nicht geheizt und gereinigt wurde. Die Behörde, der von diesem Falle Kenntnis gegeben war, tat nichts, um den pflichtvergessenen Schulvorstand zur Erfüllung seiner Obliegenheiten anzuhalten. Bemerkenswert sei, daß eine Anzahl Arbeiterfrauen zur Heizung und Reinigung bereit waren, jedoch wurden sie nicht befragt, und eine öffentliche Ausschreibung fand ebenfalls nicht statt.

Ohne jegliche Untersuchung über die Schuld dieser Angelegenheit und ohne Anhörung des zuständigen Kreisrates verfügte die Regierung plötzlich Mitte Dezember, nachdem der Unterricht vier Wochen lang ausgefallen war, die Zwangsbeurlaubung des Lehrers Bork mit der Begründung, daß der Lehrer durch sein Verhalten das Interesse der Schule geschädigt hätte. Die Regierung entsandte nach Rahtow einen Vertreter, und nun sorgte der Schulvorstand prompt für Reinigung und Heizung. Die Gutleute des Dorfes sprachen dem gemahregelten Lehrer Bork daraufhin ihr Vertrauen aus. Als der Gutsherr davon erfuhr, verlangte er die Zurückziehung sämtlicher Unterschriften von seinen Arbeitern, andernfalls er Entlassung androhte. Nach der bekannten Gerichtspraxis verspricht eine Klagung gegen den Gutsherrn keinen Erfolg. Die Arbeiter waren also gezwungen, die Unterschriften zu streichen. Dieses Schriftstück mit den gefährlichen Unterschriften befindet sich in der Hand des Vorsitzenden des Bezirkslehrerausschusses, Rektor Springborn in Köslin.

Auf Beschwerde über die ungerechtfertigte Maßregelung des Lehrers Bork bei dem Regierungspräsidenten in Köslin erfolgte eine Untersuchung durch den Oberregierungsrat v. Stein-Köslin. Dabei wurde festgestellt, daß der Schulvorstand seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, und daß gegen den Lehrer nach Ausspruch des Regierungsrates vom Stein ein unerhörter Terror geübt werde. Bemerkenswert sei, daß vom Stein selbst deutschnational ist.

In seiner Verhandlung in Rahtow am 10. Januar 1922 wünschte vom Stein auch die Elternschaft und die jetzige Heigrau zu sprechen. Es erschien aber niemand, sondern durch Boten wurde dem Herrn Regierungskommissar mitgeteilt, daß der Gutsherr seinen Leuten bei Strafe der Entlassung das Hinangehen verboten hätte. Damit dieses Verbot befolgt wurde, mußte das Schulvorstandsmittglied, Amtsvorsteher-Stellvertreter Inspektor Göttel, die Strafe zur Schule beobachten.

Man sollte meinen, daß nach diesem Ergebnis die Regierung die ungerechtfertigte Bestrafung des Lehrers, der dienstlich nichts verschuldet hat, aufgehoben hätte. Doch beließ die Regierung es weiter bei der Zwangsbeurlaubung und verfügte plötzlich die Versetzung des Lehrers zum 1. März in den Kreis Schwie. Damit hat die Regierung die Bestrafung des Lehrers weiter verschärft, und den Bestrengungen des Schulvorstandes auf Verlegung des Lehrers zum Erfolg verholfen. Mit andern Worten, die Kösliner Regierung hat den Unschuldigen bestraft und die deutschnationalen Schuligen belohnt.

Ein unberechtigter Angriff.

Während der Debatte über den Rüstetat führte der Abg. Prelle von der Deutsch-hannoverschen Partei zur Geschäftsordnung Beschwerde darüber, daß er, obgleich er sich zum Wort gemeldet hatte, durch den Präsidenten am Reden verhindert worden sei, weil seine Parteigruppe nur aus drei Köpfen bestehe und daher kein Recht zum Reden habe. Die „Freiheit“ richtete im Anschluß an diese Mitteilung und unter Begünstigung auf Verwehungen der Abgg. Prelle und Dr. Cohn heftige Angriffe gegen den Präsidenten des Preussischen Landtags, Veinert, der es jetzt scheinbar als seine Aufgabe betrachtet, gegen keine Parteigruppen

dieserlei Machenschaften anzuwenden, die früher in demselben Hause gegen seine eigene Partei Anwendung fanden.

Diese Angriffe sind unberechtigt. Präsident Veinert war zu der Zeit, in der sich die Geschäftsordnungsdebatte entwickelte, gar nicht im Saal, hat also den Vorsitz nicht geführt, sondern wurde durch den Vizepräsidenten Borch von der Zentrumspartei vertreten. Alle Schlussfolgerungen, die sich an die mitgeteilten Tatsachen knüpfen, sind daher haltlos. Präsident Veinert hat keinerlei Anordnungen getroffen, Herrn Prelle nicht reden zu lassen; es handelt sich lediglich um Durchführung von Beschlüssen des Rüstetats, daß den Abgeordneten der Deutsch-hannoverschen Partei bei der allgemeinen Debatte 20 Minuten Redezeit gewährt werden solle. Auch an dieser Sitzung hat Präsident Veinert nicht teilgenommen.

Das Kapitalverkehrssteuergesetz.

In seiner Nachmittagsitzung beschäftigte sich der Steuerausschuß mit der zweiten Lesung des Kapitalverkehrssteuergesetzes. Die Befreiungsvorschriften wurden auf Antrag der Demokraten geändert. Von der Steuer befreit sollen sein: inländische Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Erträge ausschließlich dem Reich, einem Lande oder einer Gemeinde zuzuführen. Auf Kreditanstalten der Gemeinden sollen jedoch die Befreiungsvorschriften keine Anwendung finden. Dagegen sind von der Steuer befreit die öffentlichen oder dem öffentlichen Verkehr dienenden Sparkassen, die sich auf die Pflege des eigentlichen Sparverkehrs beschränken, und gemeinnützige Kreditanstalten, die von Körperschaften des öffentlichen Rechts gegründet und geleitet werden. Gemäß den Beschlüssen der ersten Lesung sind ferner von der Steuer befreit die Gesellschaften, die unter Beteiligung des Reichs, eines Landes oder einer Gemeinde ausschließlich dem öffentlichen Verkehr dienen. Falls die Beteiligung in ungenügendem Maße in Höhe von mindestens einem Zehntel des Aktien- oder Stammkapitals oder in der Uebernahme von mindestens einem Viertel des Kapitals oder in der Uebernahme einer entsprechenden Gewährleistung besteht. Gemäß einem Zentrumsantrag sind als beförderer Abschnitt unter diesen Befreiungen Gesellschaften aufzuführen, deren verfassungsmäßiger und tatsächlicher Zweck ausschließlich gemeinnützig ist und wesentlich der Förderung minderbemittelter Volksschichten dient. — Weiterberatung Dienstag.

Der Deutsche Eisenbahnerverband und seine „Spaltung“.

Vom 4. bis 6. März tagte in Berlin der aus 75 Vertretern aller Eisenbahndirektionsbezirke zusammengesetzte erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Besprochen wurde der verfallene Streik der Reichsgewerkschaft und die gegenwärtig eingeleitete Lohn- bzw. Gehaltsbewegung. Nach einer ausgedehnten Diskussion wurde gegen 3 Stimmen ein Beschluß gefaßt, der die Haltung des engeren Vorstandes während der Streikbewegung billigt und ihm das Vertrauen ausdrückt. Die drei gegen den Vorstand gerichteten Stimmen entfallen auf kommunistische Mitglieder. Bezeichnet aber ist, daß von den 75 Vertretern nur vier der kommunistischen Partei angehören, von denen einer sich bei der Abstimmung noch der Stimme enthielt. Vergleicht man mit diesem Resultat die Machenschaften der kommunistischen Presse, die in den letzten Tagen von einer „Spaltung“ des Deutschen Eisenbahnerverbandes Mitteilung machte, so erkennt man, wie armfellig es um die kommunistischen Herrschaften bestellt ist. Die Tagung des erweiterten Vorstandes hat gezeigt, daß die angebliche Spaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes nur in der Phantasie der Kommunisten besteht. Die Einheitlichkeit, die der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes in der Beurteilung der Streikaktion zeigte, bewies er auch in der Frage der schwebenden Lohn- und Gehaltsbewegung. Die bisher unternommenen Schritte wurden gebilligt und der Verhandlungskommission freie Hand gelassen.

Litauische Note an den Völkerbund. Die litauische Regierung hat eine Note an den Völkerbund gerichtet, worin mitgeteilt wird, daß die polnischen Truppen die neutrale Zone verlegt hätten. Die litauische Regierung ersucht den Völkerbund, bei der polnischen Regierung deswegen zu intervenieren.

Haß.

Von Ernst Braun.

Ich bin ein Schuldiger, ein Verbrecher. Alle Beschönigungsversuche zerfallen gegen diese Erkenntnis. Denn sie ist unantastbare Wahrheit. Ich mag darüber grübeln und spiritisieren tage- und nachtelang, ich stehe am Ende jedes Gedankenganges immer wieder vor der unheiligen Erkenntnis meiner Schuld.

Die Menschen würden mich nicht verstehen, wenn ich mich ihnen auch anvertraue. Wie sie wunderliche Geschichten ja nie recht verstanden haben. Würde ich mein Verbrechen öffentlich bekennen, würde ich ihnen die furchtbare Wahrheit ins Gesicht hinein sagen, daß ich ein Menschenleben zerstört, ja fast vernichtet habe; sie lachten mich aus und logten vielleicht mitleidig:

„Du armer Rarr, du legst von Kind auf gelähmt in deinem Krankenstuhl, du vermagst kein Glied zu rühren, du lebst das armseligste Dasein, das je ein Mensch gelebt; wie solltest du je auch nur das kleinste Verbrechen begangen haben.“

Aber die Menschen, die so sprechen, sind dumm. Sie wissen nicht, daß auch Gedanken so riesengroß und zermalmend werden können, daß sie wie Hammer und Amboss wirken, wenn ihnen der Haß den rechten Weg weist: düsterer, freßender Haß, der giftige Gedanken in ein krankes Hirn träufelt.

Es war im letzten Frühjahr. Die Sonne kam schon höher herauf, spendete schon einige Wärme. Man hatte mich mit meinem Liegestuhl an das offene Fenster gerollt. Und während draußen in gartem Grün die ersten Knospen sprangen, während die Frühlingssonne mit jungen Strahlen die bedrückte Menschheit grüßte, lag ich Tag für Tag im offenen Fenster und sah sehnsüchtig auf die Straße hinaus. Treute mich der spielenden Kinder, die der langen winterlichen Stubenluft nun endlich entronnen, wieder ins Freie hinaus durften. Sah gleichgültigen Auges auf die Vorübergehenden, mit stillem Leid meiner eigenen körperlichen Unfähigkeit gedenkend.

Auch dem Hause gegenüber schenkte meine Bangeweile einige Aufmerksamkeit. Besonders dem ersten Stock, der bis vor kurzem noch ein Bureau beherbergte hatte und wo nun ein hübscheres Stubenmädchen damit beschäftigt war, Gardinen aufzuhängen, den kleinen Balkon mit erstem Grün zu schmücken. Von den Bewohnern war jedoch nichts zu sehen, und ich begann in meiner Einsamkeit schon, mir allerlei Gedanken über die neuen Nachbarn zu machen. Bis dann eines Morgens, es war der erste laue Sommertag, ein junges Paar auf dem umlaubten Balkon saß. Die Sonne glitzerte nur so in dem blinkenden Kaffeegeschirr und das fröhliche Lachen der beiden drang mitunter bis an meinen Krankenstuhl.

Aber merkwürdig. Es erweckte meiner Mitfreude, noch ließ es mich, wie sonst alles Leben um mich, gleichgültig. Und ich, der ich glaubte, mich mit meinem elenden, hilflosen Krüppelwesen längst abgefunden zu haben, ich wurde von einer seltsamen Unruhe gepackt. Zum erstenmal war urplötzlich der Gedanke in mir aufgetaucht, daß auch ich doch ein Recht darauf haben müsse, ein Weib zu besitzen, in ihrem Besitz ein glücklicher Mensch zu sein. Ein Gedanke, der freilich im nächsten Augenblick an seiner eigenen Wahnsinnigkeit zerfallen mußte. Wo ist denn aber dann jene vielgepriesene göttliche Gerechtigkeit? fragte ich mich. Und ich sah, wie dabei ein wilder, vernichtender Haß in mir aufstammte. Ist denn auch nur ein Krüppel Gerechtigkeit darin, wenn jener dort drüben, der mit allen

Vorzügen eines gesunden, kräftigen Körpers prunkt, vor den Augen eines ohnmächtigen, siechen Krüppels seine glücklichsten Flittermochen verländelt? Ist das wirklich der Wille eines allgewaltigen Schicksals?

Und so oft ich die beiden auf dem Balkon sitzen sah, bohrten sich diese Gedanken tiefer in mein krankes Hirn, lauchten gieriger auf die Einfüllungen eines neiderfüllen Hasses. Alle Begriffe von Recht und Gerechtigkeit, von Gut und Böse, vom Wollen einer gütigen, ausgleichenden Vorlesung, die Jahrzehnte hindurch die Grundfesten meiner Ueberzeugung gewesen, schienen mir nun wie Hohn, wie blutiger Spott. Doch auch das Gesicht jenes andern dort drüben oftmals von den grauen Schattien der Sorge und des Kummers verdunkelt wurde, überfiel ich geistlich. Wollte es nicht sehen in meinem bündigen Haß. Ich sah nur in friedvolles, glückliches Beieinandersein, hörte nur ihr fröhliches, sorgloses Lachen, als gäbe es sonst auf der ganzen weiten Welt keine Not, keinen Jammer, kein zum Himmel schreiendes Elend. Ja, mein Haß war so heiß und glühend, daß ich jenem wünschte, ihm widerführe dasselbe Leid wie mir. Mein überreiztes, sechser Geist fühlte nicht das Verbrecherische dieses entsetzlichen Wunsches, ahnte nicht, daß er je in Erfüllung gehen könnte.

Und als ich dann eines Tages sah, wie mein verhaßter Nachbar zu einer kleinen Reife das Haus verließ, wie es des Abschiednehmens kein Ende gab, da schauderte ich nicht vor dem Gedanken zurück, daß jenem ein Unglück begegnen möchte. Heute steigt mir ein unnambarer Ekel empor, wenn ich daran denke, daß mich in jenem Augenblick sogar eine freudige Hoffnung erfüllte, mein wahnsinniges Wünschens möchte Wirklichkeit werden.

Am nächsten Morgen sah die junge Frau allein auf dem Balkon. Ich hatte eine geheime, boshafte Freude daran, daß sie nun ebenso einsam sitzen mußte wie ich. Doch in diesem Augenblick, sie wollte eben ins Zimmer zurückgehen, brachte das Mädchen ein Telegramm. Ich war erschrocken, daß mir das Herz klopfte. Doch ehe ich mir noch darüber Rechenschaft geben konnte, hörte ich von drüben einen leisen Schmerzensschrei herüberklingen und sah das junge Weib in den Stuhl zurücksinken.

Und dann? Ja, dann brachten sie ihn eines Tages auf einer Tragbahre ins Haus. Als den einzigen Schwerverletzten eines Eisenbahnunglücks. Beide Beine waren ihm abgequetscht worden.

Einstakt griff mir diese Nachricht ins Herz. Bis auf den Grund meiner Seele erschütterte mich die Unarmherzigkeit, mit der das Schicksal meinen gräßlichen Wunsch erfüllt hatte.

Ich verlebte entsetzliche Tage und Nächte. Nervenpeinende Träume peinigten mich und brachten mich an den Rand des Irrens. Ich sah Hunderte, Tausende von Händen, die auf mich, als den habgierigen Mörder dieses jungen Glücks, wiesen. Sah meine eigenen widersprüchlichen Gedanken selbsthaftig vor mir . . .

Wochenlang mied ich das Fenster. Als ich aber dann zum erstenmal sehen mußte, wie die junge Frau, in deren Zügen alle Lebensfreude geschwunden schien, den Krankenstuhl aus dem Hause fuhr, wachte ich eines meiner schrecklichsten, gespenstlichen Traumbilder zu sehen. Meine Nerven und Pulse schlugen wie im Fieber und die Erkenntnis einer unerbittlichen Wirklichkeit warf mich aufs Krankenlager.

Ob ich jemals gesund werde? Ob jene innere Stimme je aufhören wird, mich zu quälen und zu martern? Am mich endlich freizusprechen von einer Schuld, für die es keinen Richter gibt . . .

Von Pflanzen, die ausgeräubert werden. Kaum haben die ersten Besessenen, die Weiden, sich mit feinen weichen Köpfen geschnürt, so färbt man die Weidenfähnenzweige ab, die den Bienen die erste Nahrung bieten. In ganzen Bündeln werden sie in die Städte geschafft und verhandelt. Die Weide hat Weidenossen. Kaum öffnet das schöne Leberblümchen seine dunkelblauen Augensterne, und schon werden die Blüten abgerupft, ja, werden die Pflanzen mit den Wurzeln ausgerissen. In ganzen Gegenden ist es schon selten geworden — von Jahr zu Jahr wird der deutsche Wald ärmer. Wenn später im Jahre die schlante Wasserlilie aus dem See schaut, dann geht es auch ihr gerade so. Wir treffen die weiße Seerose, die Seelilie in den Auslagen der Gärtner als Schmutz der Totenkranz. Eine Pflanze, die stetig ihrer Blüten beraubt wird, also zur Hauptfache auf vegetative Fortpflanzung angewiesen ist, muß verkümmern. Traurig wie das Schicksal dieser armen Märttyrer ist auch das Los des stolzen Königfarns. Er wird mit dem Wurzelballen ausgehoben und in den Garten verpflanzt, wo er jedoch nicht entfernt die Lebensbedingungen seines natürlichen Standortes findet, ein kümmerliches und meist bald einget. Erinnerung sei auch an das Los der herrlichen Stranddistel, der „Dünen-Mannstreu“, die in ihrer ganzen Herrlichkeit nur Küstern vor uns überhaupt noch gesehen haben. Bald wird sie vielleicht in den Floren eines Totenschädel bekommen und die Bemerkung: „ausgestorben“. Besser hieße es: „ausgerottet durch die kindlichen Triebe der Babegäste“. Wir „Verwalter des Heute“ haben die Verpflichtung, den späteren Geschlechtern das Landschaftsbild so zu überliefern, wie wir es voranden, nicht ausgeräubert, sondern eher reicher als ärmer. Soll Wandel geschaffen werden, so muß die Schule und die Presse mehr als bisher gegen den Unfug mobil gemacht werden.

Musikleben in Rußland. Der Leiter der Musikabteilung des Volkskommissariats für Unterricht macht über den Stand des Musiklebens im heutigen Rußland folgende interessante Angaben: „Die Hauptaufgabe des Volkskommissariats für Unterricht ist auf musikalischem Gebiete die Erhaltung bedeutender Musikinstitute, deren Mehrzahl während der Revolution geschaffen wurde. Die größte Bedeutung unter ihnen kommt der Petersburger staatlichen Philharmonie zu, die über ein großes Sinfonieorchester nebst Chor verfügt. Außer großartiger Konzerttätigkeit wird auch Verlagsarbeit geleistet. Die unlängst in Moskau organisierte Philharmonie wird im gegenwärtigen musikalischen Leben Rußlands eine Rolle spielen. Sie verfügt über ein großes Sinfonieorchester und einen Chor von 120 Mitgliedern. Uns Ereignis muß die Organisation des Volksgroßorchesters (mit vollständigen Instrumenten), das zurzeit in Stanislavien konzertiert, bezeichnet werden. Große Aufmerksamkeit widmeten wir der Volksmusik. Unlängst fand in Moskau ein Kongreß der Volkslieder aus ganz Rußland statt. Der russische Staatsverlag leistet eine ungeheure Arbeit. Seinen technischen Einrichtungen nach ist er der dritte in der Welt. Die russischen Klaviers wurden neu herausgegeben, außerdem die Werke vieler junger russischer Komponisten. Viel Interessantes auch für musikalische Kreise des Westens bieten die Arbeiten des unlängst geschaffenen Instituts für Musikwissenschaft. Seine Arbeiten sind: Konstruktion neuer Instrumente, Ausarbeitung von Unterrichtsmethoden, Prüfung musikali-

Die Internationale der Nationalisten.

Die bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Die „Zeit“ steht demnach offenbar auf dem Standpunkt, daß die Verletzung der belgischen Neutralität zu Recht geschah und daß der kaiserliche Reichskanzler Bethmann Hollweg nicht wußte, was er sagte, als er am 4. August 1914 den Einmarsch in Belgien als Unrecht bezeichnete; sie ist ferner der Ansicht, daß die Zerstörung von Bergwerken und Textilfabriken in Nordfrankreich „militärische Notwendigkeiten“ waren. Das wäre an sich nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die nationalliberalen alles volksparteilichen Führer während des Krieges für die Annexion der flandrischen Küste eintraten und daß die Schwerindustrie jene Zerstörungen selbst auf das eifrigste betrieb.

Wir begreifen den Unwillen der Volksparteiler über die Rede von Wels durchaus, denn es sind ja ihre Sünden, die darin gebrandmarkt wurden: indem wir dieses „Schuld-

bekenntnis ablegen“, belasten wir nur diejenigen, die das Odium dieser Verbrechen auf sich geladen haben, nicht aber das deutsche Volk, das jetzt für diese Verbrechen büßen muß. Im übrigen stellen wir wieder einmal mit Genugtuung fest, daß sich das alte Spiel wiederholt, daß man nach jeder internationalen Konferenz in der Vergangenheit beobachtet konnte: auf der einen Seite werden unsere französischen und belgischen Genossen von ihren Nationalisten des Verrats beschuldigt, weil sie in Frankfurt für die Streichung der Militärpensionen und für die Räumung der besetzten Gebiete eingetreten sind, auf der anderen Seite werden die deutschen Sozialdemokraten von ihren Nationalisten in den Dreck gezogen.

Agrarische Steuerverweigerung.
Aus Ostpreußen wird uns geschrieben:
Nach einer Arbeit von zwei Jahren sind jetzt in dem größten Teil der Provinz die Steuerveranlagungen heraus. Darob heulen und Zähneklappern bei den Herren Kapitalisten und insbesondere bei den Agrariern.
Nach den Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz soll bei denjenigen Landwirten, die ordnungsmäßig Buch über Einnahmen und Ausgaben führen, der buchmäßige Reingewinn bei der Veranlagung maßgebend sein. Es ist zweifelhaft, ob diese Bestimmung besonders glücklich ist, denn einerseits ist die buchmäßige Buchführung nicht leicht, andererseits ist der große Teil der Einnahmen zu versteuern. Da überdies in diesem Jahre, um das Veranlagungsgeschäft nicht noch mehr zu verzögern, die Finanzämter nicht alle Geschäftsbücher prüfen konnten, haben sie, anscheinend auf Grund einer Einigung, den Ertrag je nach der Güte des Bodens durchschnittlich auf je 200 bis 300 Mark pro Morgen festgesetzt. Dieser Ertrag ist noch außerordentlich gering gerechnet, wenn man bedenkt, daß ein Morgen Kartoffel land einen Ertrag von mindestens 100 Zentnern Kartoffeln gleich 6000 M. ergibt. Immerhin ergibt sich bei Annahme eines Ertrages von 200 bis 300 M. pro Morgen bei einem Pflanzgut von 10 000 Morgen ein Einkommen von jährlich 2 bis 3 Millionen, also eine Einkommensteuer von 1 bis 1,5 Millionen. Darob eitel Empörung bei den Agrariern. Sie haben nunmehr sämtlich Einspruch eingelegt und beantragt, bis zur Erledigung des Einspruches ihnen die Steuer zu stunden. Das bedeutet eine Verzögerung bei Einziehung der Steuern um mindestens drei Jahre. Bei dem Landesfinanzamt soll Geneigtheit bestehen, diesen Verlangen zu entsprechen. Die Großagrarien erklären, daß sie es mit allen Steuergeboten so machen würden; in Berlin könnten sie beschließen, was sie wollten, die Steuern und Zwangsanklagen würden von ihnen doch nicht gezahlt werden. Sie wollen eben das ganze, ihnen verhasste Steuerwesen sabotieren; deshalb wollen sie den Finanzämtern so viel Arbeit machen, daß sie nicht ein noch aus wissen.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes.
Der Haushaltsausschuß des Reichstages beendete am Montag vormittag die Beratung des Marineetat. Hervorzuheben ist, daß sämtliche Umgruppierungsanträge verschiedener Beamtengruppen abgelehnt wurden. Nur der Antrag, die früheren Fachoffiziere der Marine, die auf Befehl der Entente entmilitarisiert sind, aber nach wie vor den gleichen Dienst machen, entsprechend den übrigen Offizieren zu befordern, wurde dem Beamtenausschuß überwiesen. — Es folgte die Beratung des Haushalts des Auswärtigen. Die Generalausrede konnte nicht beginnen, da der Außenminister nicht anwesend sein konnte. Sie wird Dienstag vormittag mit einem Expose des Ministers ihren Anfang nehmen. In der Vorbereitung gab der Deutsche Reichstag als Berichterstatter ein längeres Referat, in dem er u. a. größere Sparmaßnahmen forderte und eine bessere wirtschaftliche Vorbildung der Diplomaten verlangte. Genosse Stücken stellte fest, daß aus der großen Reform des äußeren Dienstes bisher leider nichts geworden ist; nach sei das alte System vorhanden. Ohne grundsätzliche Streichungen dürfte es nicht abgehen. Die Bezahlung der unteren Kräfte bei den Auslandsvertretungen sei nicht den Lebensverhältnissen in den einzelnen Ländern entsprechend. Die Forderung für Auslandsdeutsche müsse in Zukunft in einem einzigen Ministerium konzentriert werden.

Genua und die Kleinen Staaten.
Paris, 6. März. (M.T.S.) „Le Temps“ gibt eine Nachricht aus Genua wieder, wonach die baltischen Staaten sich über eine gemeinsame Politik auf der Konferenz von Genua geeinigt haben.
In Belgrad sind heute die Vertreter der der Kleinen Entente angehörenden Staaten zu Verhandlungen über ein gemeinsames Programm für die Konferenz von Genua zusammengetreten.
Auflösung des Vereins ehemaliger Offiziere im Rheinland. Nach einer Sammelversammlung am 2. März hat die Interalliierte Oberkommission in den Rheinlanden die Auflösung des Vereins ehemaliger Offiziere in Weichen anzuordnen und den Verein im ganzen Reichsgebiet verboten. Die Weichen bezieht den genannten Verein als eine Filiale des Deutschen Offiziersbundes, der von der Oberkommission bereits im besetzten Gebiet verboten gewesen sei und im Rheinland eine für die Sicherung der Ruheverhältnisse gefährliche antialliierte Propaganda betriebe hätte.
Göttinger Brief hat die „Deutsches Handelsblatt“ aus London mitteilt, die Erhebung der englischen Regierung erhalten, nach der Insel Wight überzuführen.

Der bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Die bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Die bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Die bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Die bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Die bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Die bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Die bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Die bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Die bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Die bürgerliche Presse hat es eine Woche lang vorgezogen, zu den Beschlüssen der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt a. M. zu schweigen, weil sie sich gezwungen gesehen wäre, Tatsachen zu erörtern, die ihr höchst un bequem sind. Die Frankfurter Konferenz hat nämlich mit zwingender Deutlichkeit bewiesen, daß die Internationale der Arbeiter die stärkste Hoffnung des deutschen werktätigen Volkes darstellt, daß allein die Sozialisten in den Entente-Ländern für die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Gegenwart wirkliches Verständnis zeigen und daß sie, sowohl aus Gerechtigkeits- als auch aus Gründen des gesunden Menschenverstandes, die treibende Kraft im Lager der siegreichen Staaten für eine schnelle und durchgreifende Revision des Versailler Gewaltfriedens sind. Wann und wo ist in den letzten drei Jahren mit solcher Wucht die Forderung nach Streichung der Militärpensionen von der deutschen Schuldenlast und der Ruf nach sofortiger Räumung der besetzten deutschen Gebiete erhoben worden? Und das sind nur zwei der wichtigsten Merkmale der Frankfurter Beschlüsse, die eine einzige Antiloge gegen die ungeredete und sinnlose Nachkriegspolitik der Entente gegen Deutschland bilden. Darüber aber haben die Herrschaften von der Reichs- und sozialdemokratischen Presse, und mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung“, hat auch die linksstehende bürgerliche Presse bisher die Ergebnisse der Fünfländerkonferenz ignoriert, offenbar um die sehr naheliegenden Schlussfolgerungen, die jeder Deutsche daraus ziehen müßte, zu verhindern: nämlich, daß das deutsche werktätige Volk allen Anlaß hätte, der Sozialdemokratie dafür dankbar zu sein, daß sie durch ihre internationalen Beziehungen, durch das Vertrauen, das sie im Ausland genießt und durch das Wirken ihrer Vertreter auf der Frankfurter Tagung selbst diesen bedeutsamen politischen und moralischen Erfolg für seine Sache errungen hat. Jetzt aber, wo die Hühner der reaktionären Presse wägen, daß das Positive der Frankfurter Beschlüsse — die sie zumeist überhaupt unterdrückt hat — vergessen sein könnte, melden sie sich zum Worte. Die volksparteiliche „Zeit“ hat den Sitzungsbericht, den wir in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht, studiert und zieht daraus den Schluss, daß allein die Entente-Sozialisten die nationalen Interessen ihrer Länder betont und verteidigt hätten, während die deutschen Sozialdemokraten „den internationalen Sozialismus verleugnet“ hätten, „um dem englischen und belgischen Nationalismus zu Gefallen zu sein“. Mit Paul Levis Vorstoß gegen Vandervelde ist die volksparteiliche „Zeit“ verhältnismäßig einverstanden, nur entspringe er lediglich einem „internationalen Egoismus“ (?!), während dagegen die Rede des Genossen Wels „dem nationalen Instinkt der Entente-Sozialisten geschmeichelt“ hätte und „ein neues deutsches Schuldbekenntnis“ darstelle. Damit meint das volksparteiliche Organ besonders den Hinweis von Wels auf das vom kaiserlichen Deutschland an Belgien begangene Verbrechen und auf die sinnlosen Zerstörungen in Nordfrankreich.

Wirtschaft

Die fränke Konjunktur.
Die Markt rost noch unten, es blüht das Glendgeschick. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt dazu:
Die Beobachtung, daß die industrielle Konjunktur, rein äußerlich betrachtet, von der Senkung der Marktkurse profitiert, scheint sich auch diesmal wieder zu bestätigen. Die Marktwertung regt sowohl die Kaufkraft im Innern — man beachte z. B. den gegenwärtigen Ansturm der Käufer im Zerleißeinzelhandel — als auch mancherlei Exportbetätigungen an, die Klagen über Warenknappheit mehrten sich, fast nirgends kann die Produktion den von allen Seiten her gestellten Anforderungen der Abnehmer nachkommen, und für „greifbare Ware“ werden zuweilen Anerbietungen gemacht, über die man fast den Kopf schütteln möchte.

Der schwedisch-russische Wirtschaftsvertrag.
Die Regierungsverträge betreffend den vorläufigen Wirtschaftsvertrag mit Rußland ist dem schwedischen Reichstag zugegangen. In dem Vertrage verpflichten sich die Regierungen, ehemals amtlichen Vertreter der anderen Regierung, wenn die erforderlichen Hilfskräfte nach einem Sonderabkommen freien Zutritt zu gewähren. Der amtliche Vertreter der Sowjetregierung in Schweden wird als der alleinige Vertreter des russischen Staates betrachtet. Der Warenaustausch soll in jeder Weise zwischen den beiden Ländern erleichtert werden. Zum Nachteil der anderen Partei darf ein Unterschied zwischen dem Verkehr der Vertragschließenden und dem Warenaustausch mit einem anderen Lande nicht gemacht werden. Eine Monopolisierung des auswärtigen Handels durch die eine Partei darf der anderen Partei keinen Grund zum Auflegen von Zöllen oder Ansprüchen auf Entschädigung abgeben. Beide Staaten verpflichten sich, den Angehörigen des anderen Staates Zutritt zur Ausübung von Handel und Gewerbe zu gewähren. Die amtlichen Vertreter oder ihre Hilfskräfte dürfen keine politische Propaganda treiben oder unterstützen. Sie dürfen keine Aufträge von Regierungen, Firmen oder Privatpersonen in einem anderen Lande als in ihrem eigenen übernehmen. Beide Regierungen erklären, daß sie nicht beabsichtigen, eine Beschlagnahme oder sonstige Beschlagnahme des Eigentums der anderen Partei zu unternehmen oder zu unterstützen. Eigentum, das einem Angehörigen des anderen Staates gehört und gesetzlich nach dem anderen Lande übergeführt oder dort erworben worden ist, darf nicht ohne Entschädigung konfisziert oder requiriert werden. Beide Länder erlauben die zollfreie Durchfuhr von Waren von oder nach dem anderen Lande. Ein regelmäßiger Postverkehr wird sofort aufgenommen. Für den Vertrag, der nur im ganzen angenommen werden kann, gilt dreimonatige Kündigungsfrist.

Die neuen sowjetamtlichen Devisenkurse.
Die neuen amtlichen Devisenkurse betragen: die deutsche Reichsmark gleich 1800 Rubel, englischer Pfund gleich 2 Millionen Rubel, Dollar gleich 450 000 Rubel, schwedische Krone gleich 112 000 Rubel, norwegische Krone gleich 80 000 Rubel, französischer Franc gleich 40 000 Rubel, italienische Lire gleich 25 000 Rubel, tschechische Krone gleich 7500 Rubel, finnische Mark gleich 9000 Rubel.

Die Kapitalaufnahme der Industrie war im Februar geringer als in den vorausgegangenen Monaten. Es wurden nämlich im letzten Monat nach der Statistik des Bankhauses Schwarz, Goldschmidt u. Co. insgesamt Neuaufnahmen von 1405 Millionen Mark gegen 3260 Millionen Mark im Januar in Nominalwerten verzeichnet. An Stammaktien wurden nur 919 Millionen Mark neu herausgebracht. Die niedrigen Ziffern dürften sich zu einem Teil daraus erklären, daß die Unternehmungen jetzt mehr als früher die hohen Kurse ihrer Aktien ausnutzen, um ein Aufgeld zu erzielen, so daß der nominelle Betrag der Kapitalaufnahmen nicht mehr so groß zu sein braucht wie in der Zeit der planlosen Kapitalverwerfungen. Daß aber immerhin noch große Werte für lächerliche Kurse den Aktionären zur Verfügung gestellt werden, beweisen die hohen Notierungen von Bezugsrechten der letzten Zeit.

Erneute Erhöhung der Zementpreise. Der Reichskommissar für Zement teilt folgendes mit: Infolge der neuerdings bewilligten starken Lohnsteigerung, der Kohlenpreise und der Frachterhöhung mußten die Zementpreise mit Wirkung vom 4. März 1922 erneut um 2700 Mark für 10 Tonnen erhöht werden, ohne daß der Beirat der Reichsstelle für Zement in seiner Gesamtheit zusammengerufen werden konnte. Von der behördlichen Stelle war unter der Annahme, daß eine erneute Preiserhöhung für Zement nicht so schnell notwendig sein würde, eine neuerliche Untersuchung der Selbstkosten der Zementwerke eingeleitet worden, die zum Teil infolge des Eisenbahnerstreiks nicht zum Abschluß gekommen ist. Diese Untersuchung wird fortgesetzt und erstreckt sich im besonderen auch auf die Angabe von Vertretern der Arbeitnehmer über Lohnverhältnisse innerhalb der Zementindustrie. Das Endergebnis der Untersuchungen soll demnächst in einer Sitzung mit anderen Fragen der Zementbewirtschaftung behandelt werden.

Der Kampf um das Petroleum. Die amerikanischen Bestrebungen nach Erlangung neuer Oelfelder sind durch die Beherrschung ihrer bisherigen Oelquellen und durch deren fortgeschrittene Ausbeutung begründet. Die Vereinigten Staaten befreiten vorläufig 62 Prozent der Weltproduktion, das Britische Reich dagegen nur 2 Prozent, und der Anteil des englischen Oelkapitals macht vorläufig erst 15 Prozent aus. Die Ausbeutung der englischen Oelfelder wurde jedoch bisher kaum nach in Angriff genommen, insgesamt nur im Umfang von 70 Meilen, während die Vereinigten Staaten bereits 4500 Meilen Oelfelder ausgebeutet haben. Die Jahresproduktion der letzteren betrug im Jahre 1920 450 Millionen Fass, die des Britischen Reiches nur 14 Millionen. Nun haben Geologen berechnet, daß der Oelvorrat der Vereinigten Staaten in 20 Jahren erschöpft sein wird. Er ist auf 14 Milliarden Fass geschätzt worden, wovon 5 bereits verbraucht sind, so daß nur noch 64 Prozent des ursprünglichen Vorrats — 9 Milliarden Fass — vorhanden sind, er würde also auf Grundlage der gegenwärtigen Produktion für 20 Jahre reichen. Demgegenüber hat die übrige Welt einen noch nicht ausgebeuteten Vorrat von 56 Milliarden Fass, 90 Prozent ihres ursprünglich auf 60 Milliarden geschätzten Vorrats. Immerhin hat die rasche Ausbeutung der amerikanischen Oelfelder der Industrie der Vereinigten Staaten einen großen Vorsprung gestattet. — An der Ausbeutung der mesopotamischen Oelfelder ist französisches Kapital beteiligt. Mit politischem Druck gelang es Frankreich, den Engländern eine 25prozentige Beteiligung aufzuzwingen. Die Anglo-Französische Oelgesellschaft, deren Hauptaktionär der englische Staat ist, hat vor einem Jahre eine Oelgesellschaft gegründet, an der das französische Kapital bereits beteiligt war. Seht soll dieser Anteil bedeutend erhöht werden.

Die Sowjetpresse begrüßt die deutschen Industriellen.

Gewerkschaftsbewegung

Aus dem Verband der Fabrikarbeiter.

Der Beirat des Fabrikarbeiterverbandes war zu seiner vierten Tagung am 21. und 22. Februar in Hannover zusammengetreten. Beim Bericht des Vorstandes betonte der Verbandsvorsitzende Bren, daß die Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben innerhalb des Verbandes sich in den letzten Monaten in ruhigeren Bahnen vollziehen konnte als in der vorhergehenden Zeit. Der notwendige Ausgleich zwischen Lohn und Leistung bedingte zwar die Führung ununterbrochener Lohnkämpfe, doch vollzog sich deren Einleitung unter Beobachtung der gewerkschaftlichen Grundsätze. In der Aussprache nahmen die von den Vorständen des ADGB und des AFB-Bundes aufgestellten

10 Punkte zur Steuerfrage

und der Erfassung der Sachwerte, besonders aber die Art der bei ihrer Durchführung anzuwendenden Mittel einen breiten Raum ein. Dem Vorstände sind Entschlüsse aus einer Reihe von Abstimmungen eingegangen — anscheinend stammen alle aus einer Resolutionsfabrik — aus deren Inhalt der Rückschlus gezogen werden kann, daß die Durchführung erzwingen werden soll durch Anwendung aller gewerkschaftlichen Nachmittel. Bren legte seinen Standpunkt dar, den er in den Verhandlungen des Bundesausschusses eingenommen hat und dort von der Mehrheit geteilt wurde. Ein Teil der Forderungen ist zweifellos heute schon durchführbar. Der andere Teil ist

als wirtschaftliches Programm aufzufassen.

dessen Verwirklichung durch die politischen Parteien anzustreben ist. Die Anwendung gewerkschaftlicher Nachmittel lehnt er ab. Er bezweifelt, daß durch einen Generalstreik etwa die Sozialisierung der Bergwerke erzwungen werden könne.

Von einigen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß die Leitung eines anderen großen Verbandes seiner Mitgliedschaft eine entgegengekehrte Taktik empfehle. Von jener Seite sind in einigen Bezirken die Zahlstellenleitungen anderer Verbände aufgefordert worden, sich zu der Durchführung der 10 Punkte zu erklären. Durch die Unklarheit ist

Verwirrung in den Reihen der Mitglieder

entstanden. Andere Redner kritisierten, daß die Leitungen der Spitzenverbände die psychologische Wirkung der 10 Punkte auf die Arbeitererschaft falsch eingeschätzt haben. Es hat Wählertrauen in der Arbeiterschaft gegen die ADGB erregt, daß er zwar Forderungen aufstellt, aber nicht geneigt ist, die ganze Macht der Organisation für ihre Durchführung einzusetzen. Ein Redner vermißt die realpolitische Führung Legiens beim ADGB.

Ein weiterer wichtiger Verhandlungsgegenstand war der Punkt Betriebs- und Industrieorganisation, über den der Verbandsvorsitzende Bren referierte. Er betonte, daß der Fabrikarbeiterverband an den Beschlüssen der Verbandstagung von 1912 und 1920, in denen die

Betriebsorganisation als Fundament für den Industrieverband gefordert wird, festhalten müsse. Für die gegenwärtige gewerkschaftliche Organisationsarbeit gilt nach den Beschlüssen des letzten Gewerkschaftskongresses der Berufsverband als organisatorische Grundlage. Nur ganz wenige Verbände haben aber an der Form der reinen Berufsorganisation festgehalten. Zu diesen wenigen gehören der Fabrikarbeiterverband. Der Ausbau in der Richtung zur Betriebsorganisation sei von ihm nur infolge geferbert, als ihm durch Kartellvertrag das Recht dazu gegeben oder die Pflicht auferlegt ist. Die angestrebte Betriebsorganisation soll die ungeforderte Erfüllung der organisatorischen Ziele und Zwecke des Verbandes ermöglichen.

Die Lohn- und Tarifpolitik des Verbandes

soll nicht gefährdet werden durch das selbständige Vorgehen kleiner Rinderheitsgruppen, wie dieses wiederholt geschehen. In die Betriebsorganisation seien deshalb jene Gruppen einzubeziehen, die für die Fortführung des Produktionsprozesses von Wichtigkeit sind. Redner wandte sich scharf gegen die vom Bauarbeiterverband erstrebte Zusammenfassung der Baustoffherzeuger und -verarbeiter. Die Erzeugung von Baustoffen und ihre Verarbeitung seien sowohl nach Lage der Betriebsstätte als auch nach der wirtschaftlichen und technischen Seite hin vollständig getrennte Vorgänge. Organisationsrechtlich sei die Baustoffherzeugung unbestrittenes Gebiet des Fabrikarbeiterverbandes. Die Ziegelindustrie sei ihm 1906 als Werbegebiet überwiesen worden. Der Fabrikarbeiterverband habe unter allerschwersten Verhältnissen mühevollste Organisationsarbeit geleistet. Der Erfolg sei nicht ausgeblieben. Gegenwärtig sind noch einer statistischen Aufnahme

über 75 Proz. der Beschäftigten im Fabrikarbeiterverband organisiert. Seine gewerkschaftlichen Leistungen seien mindestens ebenso hoch zu bewerten als die anderer Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsperialismus des Bauarbeiterverbandes bilde eine Gefahr für die organische Weiterentwicklung der deutschen Gewerkschaften.

Dem Vorschlag des Vorstandes, die Zahl der Verbandsdelegierten zum Gewerkschaftskongress auf 37 zu beschränken, stimmte der Beirat zu. Eine beträchtliche Minderheit verlangte volle Ausübung des Delegationsrechts. Der Entsendung von fünf Verbandsmitgliedern zur Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. wurde ebenfalls zugestimmt.

Die Vorlage des Vorstandes zur Neuregelung der Beiträge und Unterstützungen wurde angenommen.

Danach werden Beiträge erhoben in Klasse I 3 M., II 4 M., III 5 M., IV 6 M., V 7 M., VI 8 M. Die Sätze für Unterstützungen bei Streiks und Maßnahmen wurden entsprechend erhöht. Sie bewegen sich zwischen 54 und 90 M. in der I. Klasse, steigend bis zu 144 und 240 M. in der VI. Klasse. Auch die Sätze für die anderen Unterstützungsweize wurden erhöht. Weiter stimmte der Verbandsbeirat einer Erhöhung der Beiträge und Unterstützungsätze der Unfallunterstützungslosse zu.

Ueber die städtischen Löhne.

Im Arbeitsministerium wird heute unter Mithilfe von drei Unparteiischen über die Forderung des Lohnkartells der städtischen Arbeiter Berlins verhandelt. Gefordert ist eine Zulage für Januar von 1,50 M. pro Stunde, eine weitere vom 1. bis 15. Februar von 3 M. und ab 16. Februar von weiteren 3 M. Die Stundenlohnätze des 8. Lohntarifs sollen mit der Zulage von 7,50 M. als Mindestlöhne gelten und die Einkommensgrenze für die Kinderbeihilfe auf 4000 M. pro Jahr festgelegt werden. Da bei der Verhandlung über diese Forderungen eine Einigung nicht erzielt wurde, rief das Lohnkartell den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin an, während der Magistrat die Schlichtung der Differenzen dem Reichsarbeitsministerium übertrug. Das Lohnkartell hat sich damit einverstanden erklärt und von der Inanspruchnahme des Schlichtungsausschusses abgesehen. Es ist ein äußerst schwieriger Fall, der da entschieden werden soll. Bei der ungünstigen Finanzlage der Stadt Berlin und der großen Zahl ihrer Arbeitnehmer fällt eine Erhöhung der Löhne natürlich sehr schwer ins Gewicht. Das erkennen auch die Arbeiter an, sagen jedoch mit Recht, daß sie weder diese ungünstige Finanzlage, die eine Folge des Krieges und seiner Nachwirkungen ist, verschuldet haben, noch daß es gegen ihre Forderungen irgendetwas belagern kann, wenn sie zusammengenommen eine hohe Summe ausmachen. Daraus ist anzunehmen, daß auch die städtischen Arbeitnehmer in ihrem Einkommen so gestellt werden, daß sie halbwegs menschenwürdig existieren können, soweit unter den heutigen Verhältnissen die Rede davon sein kann. Die städtischen Arbeitnehmer haben kein Preisgeld auf ganz besonders hohe Entlohnung, doch können sie auch nicht dazu verdammt sein, mit den allerniedrigsten Löhnen ihre Existenz zu fristen. Die sozialen Einrichtungen sind sehr anerkennenswert, doch dürfen sie nicht allzusehr in den Vordergrund gestellt werden, da kein Arbeiter etwas dafür kaufen kann, so erwünscht sie ihm in Notfällen auch sind.

Hoffen wir, daß die Entscheidung so ausfällt, daß sie für beide Teile annehmbar ist und ein neuer Konflikt vermieden wird.

Zum Streik der Tapezierer.

Eine Versammlung von über 1500 streikenden Tapezierern, Röhren- und Hilfsarbeitern nahm den Situationsbericht über den Streik entgegen. Der Streik, der am 27. Februar mit voller Wucht einsetzte, hat sich im Laufe der Woche noch durch eine Anzahl Streikender vermehrt. Müller berichtet, daß auch die Unternehmer nicht untätig gewesen sind und alles versucht haben, um den Streik in ein schiefes Licht zu stellen. Sie verbreiten durch Flugblatt die Behauptung, daß die Löhne im Sinne der Gehilfen geregelt seien. Das ist nicht der Fall; außer den sozialen Forderungen (es handelt sich um einen Tarifabschluß) ist in der Lohnfrage von den Herren Unternehmern nicht das Geringste angedeutet worden, was sie öffentlich anhaben. Alles in allem, die Streikenden lassen sich durch Karolen der Unternehmer, die eine Verfrüchtung in ihre Reihen treiben sollen nicht irren machen. Nur einige Arbeitswillige haben sich gefunden. Ueberdies stellt sich heraus, daß selbst Unternehmer, die den Tarifvertrag jahrelang als Kontrahent mit unterschrieben, ihn nicht einhalten haben. Der Obermeister der Berliner Tapezierer-Innung, Herr Kahlem, Stallschreiberstr. 43, zahlt seinen Arbeitern (obwohl der Mindestlohn bis zum 15. Februar 13 M. betrug), pro Stunde 10 M., den ältesten Arbeiter 12,50 M. Da Herr Kahlem in der USPD politisch organisiert ist, ist sein Verhalten um so bedauerlicher. Er beschäftigt mit Vorliebe Unorganisierte und nimmt für sich in Anspruch, diese auch als Streikbrecher zu beschuldigen. Die Streikenden brachten einstimmig zum Ausdruck, daß der Streik in verschärfter Form weitergeführt werden muß.

Die streikenden Müllkutscher und die Nothilfe.

In einer Versammlung der Müllkutscher am 3. März berichtete Jehn über die Streiklage. Redner führte aus, daß alle in letzter Zeit auf Veranlassung des Polizeipräsidiums gemachten Versuche, eine Verständigung zwisch Beilegung des Streiks herbeizuführen, an der Hartnäckigkeit des Aufsichtsrats der Wirtschaftsgenossenschaft gescheitert sind. Noch beharre derselbe auf seinem Standpunkt. Die Streikenden mühten die von ihm diffamierten Versicherungen des Heilands und des § 416 des BGB., Zahlung des Lohnes bei Krankheiten, hinzunehmen. Auch der anderweitige Lohn von 700 M. für Ausfuhr, weniger 50 M. bzw. 70 M. für Schöfner und Verladearbeiter, entspräche nicht der Schwere der Arbeit; jedoch dürfte hierüber eine Verständigung nicht allzu schwer sein. Der Kampf würde also in der Hauptsache geführt, um Verschlechterungen ideeller Art abzuwehren.

Das Fehlschlagen der Verständigung hat nunmehr das Einsehen der Nothilfe gezeitigt, was jedoch die Streikenden nicht einschüchtern könne. Vielmehr herrscht die Ansicht vor, daß durch den Einfluß der Nothilfe, der hohen Kosten und der demgegenüberstehenden geringen Leistung wegen, die Genossenschaft bald einsehen dürfte, daß es doch vorteilhafter ist, sich mit den eigenen Arbeitern zu verständigen. Es empfehle sich daher, die Nothilfe bei ihrer Arbeit nicht zu belästigen.

In der letzten Diskussion vertraten alle Redner den Standpunkt, die Nothilfe mit den von der Wirtschaftsgenossenschaft zur Verfügung gestellten eigenen Wagen und Pferden ruhig die Arbeit verrichten zu lassen, diese nicht zu behindern, da ja den Streikenden dadurch kein Schaden entstehe, sondern nur der Genossenschaft. Gewöhnlich wird man durch Schaden klug, so vielleicht auch bald die Genossenschaft. Auf die Dauer würden sich die Nothilfe auch bedanken, Müll zu fahren; könnten den Streikenden also keinen Abbruch tun, um so mehr, da ja jeder Praktiker weiß, daß sie nicht in der Lage sind, mit dem zur Verfügung stehenden Material den anwachsenden Müll zu beseitigen. Geht die Genossenschaft aber dazu über, Arbeitswillige anzuwerben, werden es sich die Streikenden nicht nehmen lassen, diesen über ihr Tun Aufklärung zu geben. Vöhi die Wirtschaftsgenossenschaft davon ab, Verschlechterungen einzuführen, kann sie den Frieden jeden Tag haben. Bis dahin aber sind die Streikenden fest entschlossen, den Kampf weiter zu führen, und werden alle Einschüchterungsversuche sie nicht daran hindern. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution gelangte einstimmig zur Annahme.

Betriebsräte-Neuwahlen bei der Post.

Der Bezirksbetriebsrat bei der Oberpostdirektion Berlin hat die dringlichen Betriebsvertretungen erludt, die Einleitung der Neuwahlen zu veranlassen. Die neuen Betriebsvertretungen sollen spätestens am 15. April ihre Tätigkeit aufnehmen. Da es bisher noch Dienststellen gab, in denen die Arbeitnehmer auf die Schaffung einer eigenen Vertretung oder bei ungenügender Zahl auf den Anschluß an eine andere Dienststelle verzichteten, soll besonders auf die rechtlichen Folgen solcher unverständlichen Verzichte, zumal im Abdingungs-falle, hingewiesen werden. Alle Arbeiter und Angestellten, die nicht durch Ablegung des Dienstes in das Beamtenverhältnis gehören, sind — wenn am Wahltag mindestens 18 Jahre alt und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte — wahlberechtigt. Die Abliche Verpflichtung durch Handschlag gilt nicht als Eid in diesem Sinne, so daß auch die Postbotenwärter, Telegrammbediener, Fernschreiber, Anwärterinnen, Zivil- und Militärwärter wahlberechtigt sind.

Neuregelung der Löhne im Fuhrgewerbe.

Zwischen der Fuhrer-Innung und dem Deutschen Transportarbeiterverband sind die Löhne für das Fuhrer-gewerbe Berlins wie folgt geändert: Mit Wirkung ab 1. März erhalten die Lastkraftwagenführer, Schwerfuhrer, Arbeiter, Stalldienste und Wächter 640 M., die Leichtfuhrer 580 M., die jugendlichen Lehrlinge- und Altenwagenkutscher 400 M., die Leichtfuhrerwerkstattführer, die durch Unfall oder Invalidität weniger leistungsfähig sind, mindestens 520 M., die Arbeiterinnen 450 M. Die unständigen Arbeiter erhalten pro Stunde 14,40 M. Für Ueberstunden werden bei Tage 14 M., bei Nacht 15 M., an Jugendblid bei Tage 10 M. je Stunde gezahlt. Für die Pferdepflege des Sonntags vormittags werden für die erste Stunde 15 M., bis zu 2 Stunden 20 M. vergütet. Das Füttern der Pferde Sonntag vormittags wird mit 15 M. je Stunde bezahlt.

Im übrigen bleiben die bisherigen Bestimmungen des Tarifvertrages bestehen. Letzterer ist mit den neuen Lohnsätzen bei den Kollegen John oder Endow im Gewerkschaftshaus, Engel-scher 24/25, Aufgang B, parterre, Zimmer 3, unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches erhältlich.

Vor der Aussperrung der englischen Maschinenbauer.

Der Vorsitzende des Verbandes der Maschinenindustrie forderte Lloyd George dringend auf, die am Sonnabend drohende Aussperrung in der Maschinenindustrie zu verhindern. Es werde eine Million Gewerkschaftsmitglieder davon betroffen und die Arbeitslosigkeit noch stärker anwachsen. Auch eine ganze Reihe anderer Gewerke würde durch die Aussperrung in Mitleidenchaft gezogen, so daß insgesamt 7-8 Millionen Menschen darunter zu leiden hätten.

Der Streik der Hölzer- und Hilfsarbeiter wurde nach kurzer Dauer am 4. März mit Erfolg beendet. Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin sprach den Streikenden ab 1. März 3 M. Zulage pro Stunde zu. Das neue Lohnabkommen ist im Bureau Engel-scher 24 erhältlich.

Im Steffner Hafen haben die Hafen- und Kohlenarbeiter, die seit Mittwoch voriger Woche im Streik standen, auf Grund eines von beiden Parteien angenommenen Schiedspruches die Arbeit gestern wieder aufgenommen.

Die Reichsgewerkschaft-Eisenbahner in Essen forderten in einer Entschuldigungsverpflichtung die volle Erfüllung der vor dem dem Abschluß des Streiks getroffenen Vereinbarungen. Dazu gehören vor allem, daß dem Aufwandskonto des Ministers Groener ein Ende gemacht werde. Die Maßnahmen der Führer der Reichsgewerkschaft seien einzustellen. Sie ermächtigen den Vorstand, von den letzten gewerkschaftlichen Mitteln Gebrauch zu machen, wenn nicht alle diese Forderungen erfüllt würden. Die Entschuldigungsverpflichtung wurde dem Berliner zuständigen Stellen und dem Essener Direktionspräsidenten übermittelt.

Reichlicher Transportarbeiterverband, Stande 2, Chemische, Kollonien, lunge Ähnlicher Untergruppen heute abend 7 Uhr im Dresdener Kasino, Dresden, Str. 46, Bericht über die Verhandlungen und Auswahl der Branchenleitung. Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Zentralverband der Angestellten, Donnerstag abend 7 1/2 Uhr Mitglieder-versammlung. Baumwoll-, Seiden- und Lederhändlerverband: Reichsleitung, Neue Röniger, 20. Kochgruppe Holz: Reichsleitung der Holzarbeiter, 117. Reichsverband der Buchbinder und Kopierarbeiten, Freitag abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus (Bresler Saal), Engel-scher 24, nachher öffentliche Generalsammlung. Bericht der Aufstellungs-Prüfungsausschüsse. Aufstellung der Kandidaten zum Gewerkschaftskongress. Es ist Pflicht aller Delegierten, zu erscheinen. — Die Ortsvereine.

Berlin, für den rechts. Teil: Franz Köhler, Berlin-Lichterfelde; für Angestellten: Th. Glöde, Berlin. Verlag Hermanns-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei, Verlagshaus Engel-scher 24, Berlin. Umlaufz. 3. 10/11/12/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100/101/102/103/104/105/106/107/108/109/110/111/112/113/114/115/116/117/118/119/120/121/122/123/124/125/126/127/128/129/130/131/132/133/134/135/136/137/138/139/140/141/142/143/144/145/146/147/148/149/150/151/152/153/154/155/156/157/158/159/160/161/162/163/164/165/166/167/168/169/170/171/172/173/174/175/176/177/178/179/180/181/182/183/184/185/186/187/188/189/190/191/192/193/194/195/196/197/198/199/200/201/202/203/204/205/206/207/208/209/210/211/212/213/214/215/216/217/218/219/220/221/222/223/224/225/226/227/228/229/230/231/232/233/234/235/236/237/238/239/240/241/242/243/244/245/246/247/248/249/250/251/252/253/254/255/256/257/258/259/260/261/262/263/264/265/266/267/268/269/270/271/272/273/274/275/276/277/278/279/280/281/282/283/284/285/286/287/288/289/290/291/292/293/294/295/296/297/298/299/300/301/302/303/304/305/306/307/308/309/310/311/312/313/314/315/316/317/318/319/320/321/322/323/324/325/326/327/328/329/330/331/332/333/334/335/336/337/338/339/340/341/342/343/344/345/346/347/348/349/350/351/352/353/354/355/356/357/358/359/360/361/362/363/364/365/366/367/368/369/370/371/372/373/374/375/376/377/378/379/380/381/382/383/384/385/386/387/388/389/390/391/392/393/394/395/396/397/398/399/400/401/402/403/404/405/406/407/408/409/410/411/412/413/414/415/416/417/418/419/420/421/422/423/424/425/426/427/428/429/430/431/432/433/434/435/436/437/438/439/440/441/442/443/444/445/446/447/448/449/450/451/452/453/454/455/456/457/458/459/460/461/462/463/464/465/466/467/468/469/470/471/472/473/474/475/476/477/478/479/480/481/482/483/484/485/486/487/488/489/490/491/492/493/494/495/496/497/498/499/500/501/502/503/504/505/506/507/508/509/510/511/512/513/514/515/516/517/518/519/520/521/522/523/524/525/526/527/528/529/530/531/532/533/534/535/536/537/538/539/540/541/542/543/544/545/546/547/548/549/550/551/552/553/554/555/556/557/558/559/560/561/562/563/564/565/566/567/568/569/570/571/572/573/574/575/576/577/578/579/580/581/582/583/584/585/586/587/588/589/590/591/592/593/594/595/596/597/598/599/600/601/602/603/604/605/606/607/608/609/610/611/612/613/614/615/616/617/618/619/620/621/622/623/624/625/626/627/628/629/630/631/632/633/634/635/636/637/638/639/640/641/642/643/644/645/646/647/648/649/650/651/652/653/654/655/656/657/658/659/660/661/662/663/664/665/666/667/668/669/670/671/672/673/674/675/676/677/678/679/680/681/682/683/684/685/686/687/688/689/690/691/692/693/694/695/696/697/698/699/700/701/702/703/704/705/706/707/708/709/710/711/712/713/714/715/716/717/718/719/720/721/722/723/724/725/726/727/728/729/730/731/732/733/734/735/736/737/738/739/740/741/742/743/744/745/746/747/748/749/750/751/752/753/754/755/756/757/758/759/760/761/762/763/764/765/766/767/768/769/770/771/772/773/774/775/776/777/778/779/780/781/782/783/784/785/786/787/788/789/790/791/792/793/794/795/796/797/798/799/800/801/802/803/804/805/806/807/808/809/810/811/812/813/814/815/816/817/818/819/820/821/822/823/824/825/826/827/828/829/830/831/832/833/834/835/836/837/838/839/840/841/842/843/844/845/846/847/848/849/850/851/852/853/854/855/856/857/858/859/860/861/862/863/864/865/866/867/868/869/870/871/872/873/874/875/876/877/878/879/880/881/882/883/884/885/886/887/888/889/890/891/892/893/894/895/896/897/898/899/900/901/902/903/904/905/906/907/908/909/910/911/912/913/914/915/916/917/918/919/920/921/922/923/924/925/926/927/928/929/930/931/932/933/934/935/936/937/938/939/940/941/942/943/944/945/946/947/948/949/950/951/952/953/954/955/956/957/958/959/960/961/962/963/964/965/966/967/968/969/970/971/972/973/974/975/976/977/978/979/980/981/982/983/984/985/986/987/988/989/990/991/992/993/994/995/996/997/998/999/1000/1001/1002/1003/1004/1005/1006/1007/1008/1009/1010/1011/1012/1013/1014/1015/1016/1017/1018/1019/1020/1021/1022/1023/1024/1025/1026/1027/1028/1029/1030/1031/1032/1033/1034/1035/1036/1037/1038/1039/1040/1041/1042/1043/1044/1045/1046/1047/1048/1049/1050/1051/1052/1053/1054/1055/1056/1057/1058/1059/1060/1061/1062/1063/1064/1065/1066/1067/1068/1069/1070/1071/1072/1073/1074/1075/1076/1077/1078/1079/1080/1081/1082/1083/1084/1085/1086/1087/1088/1089/1090/1091/1092/1093/1094/1095/1096/1097/1098/1099/1100/1101/1102/1103/1104/1105/1106/1107/1108/1109/1110/1111/1112/1113/1114/1115/1116/1117/1118/1119/1120/1121/1122/1123/1124/1125/1126/1127/1128/1129/1130/1131/1132/1133/1134/1135/1136/1137/1138/1139/1140/1141/1142/1143/1144/1145/1146/1147/1148/1149/1150/1151/1152/1153/1154/1155/1156/1157/1158/1159/1160/1161/1162/1163/1164/1165/1166/1167/1168/1169/1170/1171/1172/1173/1174/1175/1176/1177/1178/1179/1180/1181/1182/1183/1184/1185/1186/1187/1188/1189/1190/1191/1192/1193/1194/1195/1196/1197/1198/1199/1200/1201/1202/1203/1204/1205/1206/1207/1208/1209/1210/1211/1212/1213/1214/1215/1216/1217/1218/1219/1220/1221/1222/1223/1224/1225/1226/1227/1228/1229/1230/1231/1232/1233/1234/1235/1236/1237/1238/1239/1240/1241/1242/1243/1244/1245/1246/1247/1248/1249/1250/1251/1252/1253/1254/1255/1256/1257/1258/1259/1260/1261/1262/1263/1264/1265/1266/1267/1268/1269/1270/1271/1272/1273/1274/1275/1276/1277/1278/1279/1280/1281/1282/1283/1284/1285/1286/1287/1288/1289/1290/1291/1292/1293/1294/1295/1296/1297/1298/1299/1300/1301/1302/1303/1304/1305/1306/1307/1308/1309/1310/1311/1312/1313/1314/1315/1316/1317/1318/1319/1320/1321/1322/1323/1324/1325/1326/1327/1328/1329/1330/1331/1332/1333/1334/1335/1336/1337/1338/1339/1340/1341/1342/1343/1344/1345/1346/1347/1348/1349/1350/1351/1352/1353/1354/1355/1356/1357/1358/1359/1360/1361/1362/1363/1364/1365/1366/1367/1368/1369/1370/1371/1372/1373/1374/1375/1376/1377/1378/1379/1380/1381/1382/1383/1384/1385/1386/1387/1388/1389/1390/1391/1392/1393/1394/1395/1396/1397/1398/1399/1400/1401/1402/1403/1404/1405/1406/1407/1408/1409/1410/1411/1412/1413/1414/1415/1416/1417/1418/1419/1420/1421/1422/1423/1424/1425/1426/1427/1428/1429/1430/1431/1432/1433/1434/1435/1436/1437/1438/1439/1440/1441/1442/1443/1444/1445/1446/1447/1448/1449/1450/1451/1452/1453/1454/1455/1456/1457/1458/1459/1460/1461/1462/1463/1464/1465/1466/1467/1468/1469/1470/1471/1472/1473/1474/1475/1476/1477/1478/1479/1480/1481/1482/1483/1484/1485/1486/1487/1488/1489/1490/1491/1492/1493/1494/1495/1496/1497/1498/1499/1500/1501/1502/1503/1504/1505/1506/1507/1508/1509/1510/1511/1512/1513/1514/1515/1516/1517/1518/1519/1520/1521/1522/1523/1524/1525/1526/1527/1528/1529/1530/1531/1532/1533/1534/1535/1536/1537/1538/1539/1540/1541/1542/1543/1544/1545/1546/1547/1548/1549/1550/1551/1552/1553/1554/1555/1556/1557/1558/1559/1560/1561/1562/1563/1564/1565/1566/1567/1568/1569/1570/1571/1572/1573/1574/1575/1576/1577/1578/1579/1580/1581/1582/1583/1584/1585/1586/1587/1588/1589/1590/1591/1592/1593/1594/1595/1596/1597/1598/1599/1600/1601/1602/1603/1604/1605/1606/1607/1608/1609/1610/1611/1612/1613/1614/1615/1616/1617/1618/1619/1620/1621/1622/162

Zum Teufel ist der Spiritus.

Die Verfehlungen eines ungetreuen Wächters.

Große Spiritusdiebstähle bei der Firma D. Sandmann G. m. b. H. in der Alexandrinenstraße, die eine Spiritusfabrik betreibt...

Seit dem Frühjahr 1921 verschwanden nach und nach auf unerklärliche Weise aus den Lagerräumen der Fabrik größere Spiritusmengen...

Kampfsache der Rechten im Provinziallandtag.

In der 5. Sitzung des Brandenburgischen Provinziallandtages wurde der Bericht der Wahlprüfungskommission von der Rechten zum Vorstoß gegen die demokratisch-sozialistische Mehrheit genommen...

Ein Museumsdiebstahl beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Es handelt sich um einen Einbruch, der in der Nacht zum Sonnabend in Frankfurt a. d. O. verübt wurde...

Das Fahrgeld des Steuerzahlers.

Die Direktion der Berliner Straßenbahn übersendet uns eine für 1921 angefertigte Zusammenstellung der mehrfach geänderten Tarife aller im Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin betriebenen Straßenbahnen...

Table with columns for 'Art der Fahrkarte', 'ab 1. 1. 21', 'ab 1. 2. 21', 'ab 3. 3. 21', 'ab 1. 5. 21', 'ab 1. 12. 21'. Rows include 'Einzelfahrkarte', 'Umsteigefahrkarte', 'Sammelkarten', etc.

Anmerkungen: *) ab 1. 1. 21 Übergangskarte für 1,20 M. *) für den durchgehenden Verkehr Spandau-Berlin... *) für die Linie Köpenick-Alt-Glienicke...

Sachen in Berlin zu Geld zu machen. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Trettm im Polizeipräsidentium entgegen.

Belmarder sind zurzeit wieder außerordentlich stark an der Arbeit. Von Wohnungsfluren wurden in der letzten Zeit herren- und damenpelze im Gesamtwerte von rund 350 000 M. gestohlen...

Großfeuer in einer Lokomotivfabrik. Im Sonnabendmorgen brach in der bekannten Münchener Lokomotivfabrik Raffe ein Brand aus...

Der Lebenskundeunterricht für die Bezirke Osten und Nordosten findet heute wieder wie bisher in der Gemeindefschule Straßmannstraße 6 statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 111. Wkt. Bohndorf. Mittwoch, den 8. März, 7 1/2 Uhr. Öffentliche Volkstagsversammlung im Hotel Völ, Schützenburger Straße. Thema: Reichspolitik, Streit und Sozialdemokratie.

Heute, Dienstag, den 7. März:

- 6. Kreis. Die Rindergruppe ist heute aus, die schließt am Dienstag, den 14. März.

Morgen, Mittwoch, den 8. März:

Mitgliederversammlungen in Groß-Berlin.

- 1. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulstraße Auguststr. 66. Thema: Eisenbahn- und Verkehrspolitik.

Die Sünde im Wasser.

Von Wilhelm Schmidbom.

Er gab keine Antwort und sah in die Tannen über sich. „Nimm mich mit dir.“ bat sie, „ich habe über alles nachgedacht. Ich will zu Kindern gehen, oder an eine Schule gehen...“

Er atmete tief auf — oh, wie doch die Sonne schien! Wie alles flutete von Dult und Licht und an die Sinne schlug! Er stand und sah hinaus und sah nichts mehr vor Tränen...

Sie ging auf den Zehen zu seinem Schreibtisch. Da stand das Bild ihrer Eltern in einem Kupferrahmen, und die vier zufriedenen Augen strahlten Glück und Freude aus. Sie betrachtete das Bild lange und legte dann mit sinken Händen...

(Fortsetzung folgt.)

Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, W.D. 68, Lindenstr. 2, 2. St., 2 Trp.

Heute, Dienstag, den 7. März:

14. Kreis Berlin. Ein Ausflugsabend zum Besten des Arbeiterjugendheims findet heute abend in der Aula des I. Gymnasiums, Berlin, Stralauer Straße, statt.

Mitgliederversammlungen:

Arbeitgeber: Jugendheim Gemeindehauptschule Berlin, Straße. — Gesundheitsbewegung: Jugendheim Gemeindehauptschule Goetheburger Straße.

— Elegisch: Jugendheim Johann-Eigen-Str. 22. — Schwärzen: Die Mitgliederversammlung...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeitgeber-Bezirksrat. Dienstag, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr, im Sophien-Theater, Weinmeisterstr. 16/17, Monatsversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Chloroform. Nehmen Sie mit einem Tragt Rückprobe. — R. 19. Sie haben keinen Anspruch auf Unterhaltung.

offenbarkeits ansetzen. Die Grundrente beträgt 2400 M., die Schwerbeschäftigtenzulage 900 M., die Ausgleichszulage 1650 M.

Theater, Lichtspiele usw. Opernhaus D. Rosenkavalier 8 1/2 Uhr

Komische Oper 7 1/2 Uhr. Letzte Monat Die große Revue Der Herr der Welt

CIRCUS BUSCH. 7 1/2 Uhr. Sie auch 30 Neue Sensationen!

Richard Schröder. Doppelstr. 37 am 8. d. M. gestorben 114/1

CREME PERI. Eine Wohlthat nach dem Rasieren! Die fettfreie "Crème Peri" erlöst Sie von dem unangenehmen Brennen und Spannen der Haut!

Schauspielhaus Lumpazivagabundus 7 1/2 Uhr. Deutsch. Theat. 8: Die Wölfe

Central Theater. Das Deletivmädchel. Deutsches Opernhaus

Gold-Silber-Erbsen. Platin, Brillanten etc. allerhöchste Tagespreise!

Bruno Ueberschär. Darmstr. 31 am 2. März. Die Einbürgerung

Karussell mit Maria Orska. Berliner Theat. Täglich 7 30 Uhr. Eine Frau

Russ.-Deutsch. Theater. Der blaue Vogel. Gottstraße 9

Henko. Henkel's Wasch- und Bleich-Soda. unentbehrlich für Wäsche u. Hausputz

Sonderzug zur Breslauer Messe am Sonnabend, den 10. März. ab Charlottenburg 12.39

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Donnerstag, den 9. März, nachm. 5 1/2 Uhr

Metropol-Varieté. Behrenstr. 34. Gastspiel Arnold Kopff

Paul Beckers. sowie eine Anzahl Varieté-Sensat. Vorverkauf ununterbrochen!

Gold- u. Silber-Brillanten etc. zahlt die höchsten Tagespreise

Gegen bequemste Teilzahlung. Gardinen, Stores, Chaiselougedecken, Tischdecken, Bettdecken

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin W 54, Unionstraße 83 85.

Theater d. Ostens. (Rose-Theater) 7 1/2 Uhr. Für tot erklärt

Casino-Theater. Lothring-Str. 37 Tägl. 7 1/2 Uhr. Die neue Berliner Post

Gold- u. Silber-Brillanten etc. zahlt die höchsten Tagespreise

Hervorragende Bürofedern + Edelsteine. NUGEL SPITZE No 328

Donnerstag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr. im Kolberger Salon, Kolberger Straße 20

BTL. Poudrasstr. 38. Kinder d. Zeit mit Mady Christians

WINTGARTEN. Modenschau 1922 sowie der große Varieté-Spielplan!

Bücher kauft. Hannemanns Buchhandlung Berlin, Friedrichstr. 206

Brause & Co. * Iserlohn. ! Neu-Parzellierung! Biesdorf-Mahlsdorf

Donnerstag, den 9. März, abends 7 Uhr. in der Brauerel Königstraße, Schönhauserallee 10

Kommunist. Internationale Nr. 18. Organ des Exekutivkomitees d. Kommunist. Internationale

„Schlaf reform“. Jaekel's Metallbettstellen. R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabrik

HERMANN

Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Fortsetzung des Handschuh-Verkaufs

Strumpfwaren

- Damen-Strümpfe Baumwolle, gewebt, schwarz..... 21⁵⁰
- Damen-Strümpfe Baumwolle, gewebt, feine Qual., schwarz 27⁰⁰
- Damen-Strümpfe Moko, gewebt, schwarz und leder.... 38⁵⁰
- Herren-Socken Baumwolle, gewebt, farbig..... 18⁵⁰
- Herren-Socken Baumwolle, gewebt, schwarz, mit Zwiesel 21⁵⁰
- Herren-Schweißsocken graumeliert, Fuss ohne Nahl..... 26⁵⁰

Trikotagen

- Damen-Hemdchen Bwl., gestrickt, 1/4 u. 1/2, Arm, la Qualität, weiss 49⁰⁰
- Damen-Hemdchsen Baumwolle, gestrickt, weiss, ohne Arm 65⁰⁰
- Damen-Schlupfhöschen Baumwolle, gewebt, farbig..... 65⁰⁰
- Herren-Hemden Baumwolle, weiss mit farbigen Einsätzen 85⁰⁰
- Herren-Garnit. Bwl., Jacke u. Beinkleid, farbig 225⁰⁰ 250⁰⁰
- Damen-Sportjacken reine Wolle, farbig..... 490⁰⁰

Schirme

- Schirme für Damen u. Herren haltbare Qualität, mit Futural..... 98⁰⁰
- Damen-Schirme in moderner Ausführung..... 145⁰⁰
- Schirme für Damen u. Herren Halbselbe, mit Futural..... 165⁰⁰
- Herren-Hüte Haarfilz, moderne breite Form.... 190⁰⁰
- Gummischuhe für Damen u. Kinder, Harburger Fabrikat, in allen Grössen am Lager

Gardinen

- Halbstores Etamin, mit Volant..... 110⁰⁰ 175⁰⁰
- Tüll-Garnitur 3 teilig..... 165⁰⁰ 250⁰⁰
- Madras-Garnitur moderne Farbenstellungen... 250⁰⁰ 350⁰⁰
- Bettdecken 2 teilig, Etamin und Tüll.... 375⁰⁰ 550⁰⁰

EINEN SIEG auf der ganzen Linie

werden Sie erringen, wenn Sie Ihre **Gold-, Silber-, Platin-** Gegenstände **Bruch, Barren, Münzensammlungen, Uhren, Ketten, Ringe, Löffel, Bestecke, Brennstifte, Zahngebisse, einzelne Zähne**

Brillantanten

zu **Börsenpreisen** verkaufen bei der Firma

Maulhardt & Engelberg JUGOHBÖRSE

G. m. b. H.

Handelsgerichtlich eingetragene Firma für Juwelen und Edelmetalle, Berlin C., Burgstr. 29 (Laden), Bureauhaus Börse, direkt a. Stadtbahnhof Börse, Nord. 9029

Besten Absatz für Händler

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich ist der **echte Kapitän-Kautabak** aus mit Zigaretten (Kaden, Schützen, Stangen, Tüll, M. 4., Einzigverkauf), Verkaufsstellen durch Gust. Böder, Berl. Nollendorfstr. 22 (Ryfl. 1981)

Quecksilber! Jedes Quantum, kauft Metall-Kontor John, Alte Jakobstr. 108

HEUTE

um 4 Uhr nachmittags **ERÖFFNUNG** unserer Zweigniederlassung **CHARLOTTENBURG** Wilmersdorfer Strasse 117

DER SCHUHHOF

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehende **Trauringe**

- 1 Ring, Dukatsgold, von 200,- an
- 1 Ring, 585 gestempelt, von 100,- an
- 1 Ring, 333 gestempelt, von 70,- an

Garantieschein für gesetzliches Goldhalt.

Ausführlicher Katalog gratis!

H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
5 Min. v. Bahn, Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo
Telephon: Norden 1930. — Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Inserate — Hohe Belohnung
im Vorwärts sehen Erfolg!

Anzüge, Kleider
Schlupfer, Cutaways mit Mäntel, Kostüme, Rückgezur. für Herren für Damen auf bequeme

Teilzahlung

GREBLER, Weinbergsweg
am Rosenhalden Platz

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Wettwäje billiger. Bettbetten, superweiche, 4 bis 6 St. 100,-, 120,-, 150,-, 200,-, 250,-, 300,-, 350,-, 400,-, 450,-, 500,-, 550,-, 600,-, 650,-, 700,-, 750,-, 800,-, 850,-, 900,-, 950,-, 1000,-. Bettdecken, 120x200, 150x200, 180x200, 200x200, 220x200, 240x200, 260x200, 280x200, 300x200, 320x200, 340x200, 360x200, 380x200, 400x200, 420x200, 440x200, 460x200, 480x200, 500x200, 520x200, 540x200, 560x200, 580x200, 600x200, 620x200, 640x200, 660x200, 680x200, 700x200, 720x200, 740x200, 760x200, 780x200, 800x200, 820x200, 840x200, 860x200, 880x200, 900x200, 920x200, 940x200, 960x200, 980x200, 1000x200.

Wettwäje

Wettwäje billiger. Bettbetten, superweiche, 4 bis 6 St. 100,-, 120,-, 150,-, 200,-, 250,-, 300,-, 350,-, 400,-, 450,-, 500,-, 550,-, 600,-, 650,-, 700,-, 750,-, 800,-, 850,-, 900,-, 950,-, 1000,-. Bettdecken, 120x200, 150x200, 180x200, 200x200, 220x200, 240x200, 260x200, 280x200, 300x200, 320x200, 340x200, 360x200, 380x200, 400x200, 420x200, 440x200, 460x200, 480x200, 500x200, 520x200, 540x200, 560x200, 580x200, 600x200, 620x200, 640x200, 660x200, 680x200, 700x200, 720x200, 740x200, 760x200, 780x200, 800x200, 820x200, 840x200, 860x200, 880x200, 900x200, 920x200, 940x200, 960x200, 980x200, 1000x200.

Wettwäje

Wettwäje billiger. Bettbetten, superweiche, 4 bis 6 St. 100,-, 120,-, 150,-, 200,-, 250,-, 300,-, 350,-, 400,-, 450,-, 500,-, 550,-, 600,-, 650,-, 700,-, 750,-, 800,-, 850,-, 900,-, 950,-, 1000,-. Bettdecken, 120x200, 150x200, 180x200, 200x200, 220x200, 240x200, 260x200, 280x200, 300x200, 320x200, 340x200, 360x200, 380x200, 400x200, 420x200, 440x200, 460x200, 480x200, 500x200, 520x200, 540x200, 560x200, 580x200, 600x200, 620x200, 640x200, 660x200, 680x200, 700x200, 720x200, 740x200, 760x200, 780x200, 800x200, 820x200, 840x200, 860x200, 880x200, 900x200, 920x200, 940x200, 960x200, 980x200, 1000x200.

Wettwäje

Wettwäje billiger. Bettbetten, superweiche, 4 bis 6 St. 100,-, 120,-, 150,-, 200,-, 250,-, 300,-, 350,-, 400,-, 450,-, 500,-, 550,-, 600,-, 650,-, 700,-, 750,-, 800,-, 850,-, 900,-, 950,-, 1000,-. Bettdecken, 120x200, 150x200, 180x200, 200x200, 220x200, 240x200, 260x200, 280x200, 300x200, 320x200, 340x200, 360x200, 380x200, 400x200, 420x200, 440x200, 460x200, 480x200, 500x200, 520x200, 540x200, 560x200, 580x200, 600x200, 620x200, 640x200, 660x200, 680x200, 700x200, 720x200, 740x200, 760x200, 780x200, 800x200, 820x200, 840x200, 860x200, 880x200, 900x200, 920x200, 940x200, 960x200, 980x200, 1000x200.

Wettwäje

Wettwäje billiger. Bettbetten, superweiche, 4 bis 6 St. 100,-, 120,-, 150,-, 200,-, 250,-, 300,-, 350,-, 400,-, 450,-, 500,-, 550,-, 600,-, 650,-, 700,-, 750,-, 800,-, 850,-, 900,-, 950,-, 1000,-. Bettdecken, 120x200, 150x200, 180x200, 200x200, 220x200, 240x200, 260x200, 280x200, 300x200, 320x200, 340x200, 360x200, 380x200, 400x200, 420x200, 440x200, 460x200, 480x200, 500x200, 520x200, 540x200, 560x200, 580x200, 600x200, 620x200, 640x200, 660x200, 680x200, 700x200, 720x200, 740x200, 760x200, 780x200, 800x200, 820x200, 840x200, 860x200, 880x200, 900x200, 920x200, 940x200, 960x200, 980x200, 1000x200.

Wettwäje

Wettwäje billiger. Bettbetten, superweiche, 4 bis 6 St. 100,-, 120,-, 150,-, 200,-, 250,-, 300,-, 350,-, 400,-, 450,-, 500,-, 550,-, 600,-, 650,-, 700,-, 750,-, 800,-, 850,-, 900,-, 950,-, 1000,-. Bettdecken, 120x200, 150x200, 180x200, 200x200, 220x200, 240x200, 260x200, 280x200, 300x200, 320x200, 340x200, 360x200, 380x200, 400x200, 420x200, 440x200, 460x200, 480x200, 500x200, 520x200, 540x200, 560x200, 580x200, 600x200, 620x200, 640x200, 660x200, 680x200, 700x200, 720x200, 740x200, 760x200, 780x200, 800x200, 820x200, 840x200, 860x200, 880x200, 900x200, 920x200, 940x200, 960x200, 980x200, 1000x200.

Wettwäje

Wettwäje billiger. Bettbetten, superweiche, 4 bis 6 St. 100,-, 120,-, 150,-, 200,-, 250,-, 300,-, 350,-, 400,-, 450,-, 500,-, 550,-, 600,-, 650,-, 700,-, 750,-, 800,-, 850,-, 900,-, 950,-, 1000,-. Bettdecken, 120x200, 150x200, 180x200, 200x200, 220x200, 240x200, 260x200, 280x200, 300x200, 320x200, 340x200, 360x200, 380x200, 400x200, 420x200, 440x200, 460x200, 480x200, 500x200, 520x200, 540x200, 560x200, 580x200, 600x200, 620x200, 640x200, 660x200, 680x200, 700x200, 720x200, 740x200, 760x200, 780x200, 800x200, 820x200, 840x200, 860x200, 880x200, 900x200, 920x200, 940x200, 960x200, 980x200, 1000x200.

Wettwäje

Wettwäje billiger. Bettbetten, superweiche, 4 bis 6 St. 100,-, 120,-, 150,-, 200,-, 250,-, 300,-, 350,-, 400,-, 450,-, 500,-, 550,-, 600,-, 650,-, 700,-, 750,-, 800,-, 850,-, 900,-, 950,-, 1000,-. Bettdecken, 120x200, 150x200, 180x200, 200x200, 220x200, 240x200, 260x200, 280x200, 300x200, 320x200, 340x200, 360x200, 380x200, 400x200, 420x200, 440x200, 460x200, 480x200, 500x200, 520x200, 540x200, 560x200, 580x200, 600x200, 620x200, 640x200, 660x200, 680x200, 700x200, 720x200, 740x200, 760x200, 780x200, 800x200, 820x200, 840x200, 860x200, 880x200, 900x200, 920x200, 940x200, 960x200, 980x200, 1000x200.

Wettwäje

Wettwäje billiger. Bettbetten, superweiche, 4 bis 6 St. 100,-, 120,-, 150,-, 200,-, 250,-, 300,-, 350,-, 400,-, 450,-, 500,-, 550,-, 600,-, 650,-, 700,-, 750,-, 800,-, 850,-, 900,-, 950,-, 1000,-. Bettdecken, 120x200, 150x200, 180x200, 200x200, 220x200, 240x200, 260x200, 280x200, 300x200, 320x200, 340x200, 360x200, 380x200, 400x200, 420x200, 440x200, 460x200, 480x200, 500x200, 520x200, 540x200, 560x200, 580x200, 600x200, 620x200, 640x200, 660x200, 680x200, 700x200, 720x200, 740x200, 760x200, 780x200, 800x200, 820x200, 840x200, 860x200, 880x200, 900x200, 920x200, 940x200, 960x200, 980x200, 1000x200.

Wettwäje

Wettwäje billiger. Bettbetten, superweiche, 4 bis 6 St. 100,-, 120,-, 150,-, 200,-, 250,-, 300,-, 350,-, 400,-, 450,-, 500,-, 550,-, 600,-, 650,-, 700,-, 750,-, 800,-, 850,-, 900,-, 950,-, 1000,-. Bettdecken, 120x200, 150x200, 180x200, 200x200, 220x200, 240x200, 260x200, 280x200, 300x200, 320x200, 340x200, 360x200, 380x200, 400x200, 420x200, 440x200, 460x200, 480x200, 500x200, 520x200, 540x200, 560x200, 580x200, 600x200, 620x200, 640x200, 660x200, 680x200, 700x200, 720x200, 740x200, 760x200, 780x200, 800x200, 820x200, 840x200, 860x200, 880x200, 900x200, 920x200, 940x200, 960x200, 980x200, 1000x200.